

Comrade

**Zentral-Organ für die Interessen
der im Handels-, Transport- und Verkehrsgewerbe besch. Arbeiter und Arbeiterinnen Deutschlands.**
Publikations-Organ des Zentral-Verbandes der Handels-, Transport-, Verkehrsarbeiter und Arbeiterinnen Deutschlands.

Erscheint alle 14 Tage Sonntags.
Eingel.-Abonnement pro Quart. franco geg. franco 1 M.
Der Courrier ist in die Postzeitungsliste eingetragen.

Redaktion und Exped.: Berlin SO. 16, Engel-Ufer 21.
Telephon: Amt IV, 950.
Geöffnet: 9-1 Uhr Vorm., 3-7 Uhr Nachm. Sonntags geschl.

Redaktionschluss
am Montag Abend vor Erscheinen des Blattes.
Unverlangte Manuskripte werden nicht zurückgeschickt.
Aufschriften und Reklamationen an die Schriftleitung.

Ar. 4.

Berlin, den 12. Februar 1905.

9. Jahrg.

Verbandskollegen!

Auf Grund der §§ 20 und 21 des Verbandsstatuts berufen wir die

vierte General-Versammlung

des Verbandes auf den

9. Mai 1905 und folgende Tage

nach

Frankfurt a. M.

aus Gewerkschaftshaus, Am Schwimmbad 8/10, ein.

Tages-Ordnung:

1. Berichte:

- a) Geschäfts- und Kassenbericht des Vorstandes.
- b) Bericht der Revisoren.
- c) Bericht des Ausschusses.
- d) Bericht der Redaktion und Preßkommission.
- e) Bericht vom 4. internationalen Transportarbeiter-Kongress.

2. Wahl der Delegierten zum 5. internationalen Transportarbeiter-Kongress und zum 5. Gewerkschafts-Kongress.

3. Die Tarif-Verhandlungen mit den Konsum- u. Produktiv-Genossenschaften.

4. Die verschiedenen Formen des Arbeitsvertrages.

5. Der gegenwärtige Stand der Erhebungen im Transportgewerbe.

6. Anträge:

- a) zum Statut;
- b) verschiedene Anträge.

7. Wahl der Verbandsleitung und Beschlussfassung über Ort und Zeit der nächsten General-Versammlung.

Anträge zur General-Versammlung müssen laut § 21, Abs. 2 des Statuts mindestens 8 Wochen vor der Versammlung an uns eingekandt werden, später einkaufende Anträge können nicht berücksichtigt werden. Die Bekanntgabe der rechtzeitig eingekandten Anträge erfolgt innerhalb der im Statut vorgesehenen Frist.

Die Bekanntgabe der Wahlkreis-Einteilung erfolgt nach Eingang der Mitglieder-Fragebogen (Abrechnungen) vom 4. Quartal 1904, spätestens jedoch am 26. Februar 1905.

Wir ersuchen nunmehr die Verbandskollegen allerorts, zur bevorstehenden General-Versammlung Stellung zu nehmen und event. Anträge rechtzeitig an uns einzufenden.

Mit kollegialem Gruß

Der Zentral-Vorstand.

Im Auftrage: Oswald Schumann.

Waffenlieferanten

des Kapitalismus.

Nicht nur den Scharmachern und ihrem Gefolge wird es nach und nach Angst und Bange vor der wachsenden Macht und Stärke der Gewerkschaften. Auch im eigenen Lager der proletarischen Armee finden sich Gräber und Pfeiler, die da glauben, den Stein der Weisen gefunden zu haben, indem sie außerhalb ungerichtetes Feuer über die Grenzen der Gewerkschaftsbewegung schütten. Natürlich sind es zunächst Leute, die selbst praktisch noch recht wenig ihre Fähigkeiten erprobt haben. Und selbst von links und von rechts reichen sich die Weisesten unter den Weisenden die Hände, Radikale und Opportunisten kultivieren gleiche Gedanken. Es ist ja nicht zu verlangen, daß jeder, der sich berufen fühlt, über die Grenzen der Gewerkschaftsbewegung zu oralen und zu theoretischen, auch Marx Kapital gelesen, oder wenigstens schon, daß er es auch halbwegs verstanden hat. Aber eine gewisse minimale Kenntnis der Dinge, wie sie sind, dürfte man doch bei allen diesen Verfertigung Leuten voraussetzen. Jeder WGSchüler, der sich am Schürzenband der Mutter festhaltend, die Markthalle besucht, erkennt dort, daß der Preis der Waren, nicht etwa ihr Gebrauchswert, sich nach Angebot und Nachfrage richtet. Sind große Mengen Bedarf auf dem Markte und das Verlangen darnach gering, so werden die Preise fallen, ist dagegen wenig Ware, oder dafür große Nachfrage vorhanden, so steigt der Preis der Ware. Ob der Produzent der Ware, sei er nun Gärtner oder Bauer, seinen Arbeitern einen mehr oder minder hohen Lohn gezahlt hat, das hat auf die Festlegung der Preishöhe nicht den geringsten Einfluß. Die Schwankungen der Preisnotierungen gehen immer auf Kosten der Mehrwertquote des die Ware produzierenden Unternehmers, sie bilden das sogenannte Unternehmerrisiko. Sehen also die Arbeiter des einen oder anderen Gärtners oder auch eines ganzen Standes eine Lohnherabsetzung oder, was für die Produktionskosten gleichbedeutend ist, eine Verkürzung der Arbeitszeit durch, so kann der Unternehmer diese Mehrkosten nicht ohne weiteres auf den Preis der Ware schlagen, weil dieser durch Angebot und Nachfrage reguliert wird, sondern er muß die entstandenen Mehrkosten aus dem erzielten Mehrwert, Profit oder „Verdienst“ begleichen. Das dem so ist, weiß jeder Kapitalist. Grundsätzlich wäre dem nicht so, könnte man die Kosten einer Lohnherabsetzung einfach auf die Preise schlagen, so würden die Unternehmer viel leichter ihren Lohnforderungen der Arbeiter bewilligen. Arbeitseinstellungen bringen den Unternehmern, den Kapitalisten zunächst mehr Unannehmlichkeiten als den Arbeitern, sie stellen sehr häufig bei gesamten Geschäftsbetrieb für die Zukunft in Frage, welcher Teil von Kapitalist würde sich also solchen Gefahren aussetzen, wenn er ohne Verminderung seines Profits, des Mehrwerts, die Forderungen bewilligen könnte und nur den Preis seiner Waren entsprechend erhöhen bräute. Die Verkürzung der Arbeitszeit geschieht auf Kosten des Mehrwerts, sagt Karl Kautsky, ein Mann, der Marx wohl eingehend studiert hat.*

Aber in der „Leipz. Volkszeitung“ stand es kürzlich anders. Dort behauptet uns ein Genosse, nachdem er ausgeführt, die Verkürzung der Berufsinteressen könne zur Schädigung der Allgemeininteressen führen, aus Berufsinteressen könnte der Vergarbeiter dem „Mittel des Kohlenhändlers“, das ihm die Haut vom Leibe zieht, aufnehmen:

„Bei Ueberschätzung der Gewerkschaftsbewegung kann man nur zu leicht solche Gruben übersehen und hineinpurzeln. Es ist ein Grundirrtum, anzunehmen, jede Lohnherabsetzung bedeute einen entsprechenden allgemeinen sozialen Fortschritt. Im Gegenteil kann die Entlohnungssteigerung für einen Verfall eine wirtschaftliche Schädigung der Gesamtheit einschließen. Nehmen wir an: Das Kohlenmagnatium läßt eine Lohnsteigerung für die Gesamtbelegschaft in Summe um 50 Millionen Mark eintreten, gleichzeitig wird eine Preissteigerung vorgenommen, die eine Mehrbelastung der Konsumenten um 100 Millionen Mark ausmacht, so hat die Vergarbeitschaft zwar 50 Millionen Mark nominal gewonnen, die Gesamtheit aber durch trocknen 50 Millionen Mark auf dem Kapitalistischen Markt opfern müssen. Und auch die Vergarbeiter haben nicht einen absoluten, sondern nur einen nominalen Gewinn in der angegebenen Höhe davongetragen. Die Lohnherabsetzung zieht ein Anziehen aller Preise nach sich, ein großer Prozentsatz des Lohnaufschlags wird durch Verteuerung der Lebenshaltung absorbiert.“

Also dürften die Vergarbeiter eigentlich gar nicht streiken, denn durch ihre Forderungen ermüßigten sie es

*) Ökonomische Lehren Seite 189.

dem Kohlenhändler, die Preise zu steigern und schädigten so die Allgemeinheit. Bisher haben wir solche Logik und Beweisführung nur in der Schimmschen „Post“ angetroffen. Jetzt kommt ein selbstbaitiger Sozialdemokrat und predigt die gleiche ökonomische Theoretiker-Weisheit. Die Stinnes, die Thieszen, die Kirdorf und alle anderen Namen vom Kohlenhändler werden erfreut sein, daß ihnen aus proletarischen selbstmörderischen Hilfe kommt, können sie doch jetzt unter Berufung auf die „Leipziger Volkszeitung“, dem prinzipienfestesten Organ der Arbeiterbewegung, sagen: Ihr seht, wir können die Forderungen der streikenden Vergarbeiter beim besten Willen nicht bewilligen, denn wir würden damit die Allgemeinheit schädigen.

Gelobst ist das Kohlenhändler ein Gebilde, daß bis zu gegebenen Grenzen eine Erhöhung der Kohlenpreise vornehmen kann, aber über einen gewissen Punkt hinaus vermag auch die Macht des Kohlenhändlers bei der Preisfestlegung. Die Konkurrenz ist auch für die mächtigste Unternehmerrart nicht ausgeschaltet und sie wird es dank der Mengenmenge an Kohlenhöfen auf der Erde in absehbarer Zeit auch nicht werden. In den sog. stillen Bezirken, den Steinkohlendistrikten des Nordens, den Provinzen Sachsen und Brandenburg, muß sich bei den heutigen Verhältnissen schon das Syndikat mit seinen Preisen nach der englischen und obersteilischen Konkurrenz richten und eine kleine Preissteigerung über das gegebene Niveau hinaus würde der englischen Kohle an der Rheinisch-Westfäl. Produktionsstätte des Syndikats selbst, den Markt öffnen. Wir leben eben heute im Zeitalter der Eisenbahnen und der Riesenbahnen, also Transportmitteln, denen es bei bestimmter Preishöhe des Produkts ein Leichtes ist, der Weltkonkurrenz den letzten Winkel unseres Vaterlandes zu öffnen. Das weiß Thieszen so gut wie Stinnes oder ein Kirdorf, nur in unseren eigenen Reihen gibt es Theoretiker, die das anscheinend nicht wissen. Daß die Steigerung des Lohnes, die Erfüllung der Forderungen der Arbeiter in der Regel — Ausnahmen gibt es natürlich — die Preise der Waren nicht hinaufstreift, dafür nur einige Beispiele.

Nach dem großen Streik der böhmischen Vergarbeiter, der den gesellschaftlichen Neuenfundamenten und eine freilich nur mäßige Lohnherabsetzung zur Folge hatte, sind die Preise der Kohlen gefallen, während nach den Gebieten der uns vorgemachten Theorie eine Preissteigerung hätte eintreten müssen.

Der Genosse Mollenhuth führt ganz richtig in der „Neuen Zeit“ aus: „Da der Preis des unbefristigten Bezirkes (gemeint ist Rheinland-Westfalen) nie ganz unabhängig von den Marktpreisen der befristeten Bezirke festgesetzt werden kann, so sucht man durch Produktionsbeschränkungen in den Zellen mit niedergebenden Preisen den Preis zu halten. Nun ist seit 1901 nach den Notierungen der Düsseldorf, Essener und Dortmunder Börse ein kleiner Rückgang eingetreten. Dagegen ist der Durchschnittslohn der Vergarbeiter nach den amtlichen Veröffentlichungen von 1902 auf 1903 bei den Sauer um 7 Pf., bei den sonstigen Grubenarbeitern um 5 Pf., bei den Arbeitern über Tage um 4 Pf. pro Arbeitsstag gestiegen, abermals ein Beweis dafür, wie unfinnig es ist, zu behaupten, daß Lohnsteigerungen auch Preissteigerungen zur Folge haben müßten.“

In dem zur Frage stehenden Artikel der „N. W. Z.“ wird angegeben, daß die Löhne verschiedener Arbeiterkategorien ziemlich erheblich gestiegen sind. Die Landwirtschaftskammern behaupten, in den letzten 20 Jahren seien die Löhne der Landarbeiter durchschnittlich um 50-100 pCt. gestiegen. Wenn wir auch nur die niedrigere Ziffer als wahr unterstellen wollen — dies ist sicher der Fall, denn die Landkraft zwang ja die Obleier, ihren Arbeitern höheren Lohn zu gewähren, wollte man nicht, daß letztere samt und sonders davonlaufen —, so müßten schließlich nach unserem Theoretiker die Preise der Landwirtschaftsprodukte ganz erheblich in die Höhe gegangen sein.

Die „Statistische Korrespondenz“ stellte kürzlich auf Grund der Marktpreisliste für die wichtigsten Lebensmittel die Jahresmittelpreise seit dem Jahre 1873 zusammen. Daraus ergibt sich, daß in den letzten 25 Jahren die Preise fast aller wichtigeren Nahrungsmittel beträchtlich gestiegen sind; nur die Getreide- und Weizenpreise sind zurückgegangen. Auf den preußischen Märkten kostete z. B. pro Kilogramm im Kleinhandel:

Sören wir mal, was der erwähnte Interessent für Wünsche in petto hat:

Es ist nun zwar ersichtlich, daß ein Arbeitgeber die teilweise recht komplizierten Fragen etwas besser beantworten konnte (bisher nur ungenügend genau anzugeben), wobei mancher Aufseher, aber schließlich werden auch diese ihre Meinung zu Papier gebracht haben; jedenfalls war jedem die Möglichkeit gegeben, dieses zu tun. Doch es den Mitgliedern des Transportarbeiterverbandes angenehmer gewesen wäre, diese Auskunft allein zu geben, ist ja bei der Existenz des Verbandes ersichtlich. (Hr. D. M.) Deshalb sollten sich die Aufseher, endlich zu bekennen, daß sie mitunter von morgens 4 bis abends 9 und 10 arbeiten? Das schadet nicht, wenn sie nur dabei anführen könnten, sie hätten auch manchmal Tag gar nichts oder sehr wenig zu tun und gingen schon um 6 oder 7 nach Hause, könnten aber sonst jeden Tag bedeutend früher im Hause sein, wenn sie nicht oft noch halbe und ganze Stunden vor den Wirtschaften blieben.

Auch der Fuhrunternehmer wünscht den Erhebungen guten Erfolg, zu bebauern wäre es aber doch, wenn die Stimmen zu viel Gehör geschenkt würde, die etwas darin suchen, jedes Gewerbe überhaupt zu ruinieren und dieses ist beim Fuhrgewerbe, das so schon sein zu tollges ist, durch allzu scharfe Maßregeln von oben herab sehr leicht möglich, und je kleiner ein solcher Betrieb, um so leichter wird es gelingen, den Unternehmer durch derartige Maßnahmen zum Arbeiter zu machen und ihn damit der Sozialdemokratie zuzuführen.

Fortschreitend wird daran gearbeitet, dem wirtschaftlich Schwachen auf dem Wege des Gesetzes beizuhelfen, leider werden aber hierbei häufig die wirklich wirtschaftlich Schwachen, der kleine Unternehmer, zu Boden gedrückt: Beispielsweise sind genug vorhanden.

Die brennendste Frage ist heute die Arbeiterfrage. Es ist eine Schande, ansehen zu müssen, wie bald hier, bald dort dem Arbeitgeber seitens der Arbeitnehmer Forderungen abgerungen werden, nur aus dem einzigen Grunde, weil erstere noch immer den Anschluß an ihre Berufsorganisation nicht gefunden haben.

Dadurch, daß die Arbeitgeber sich jetzt zusammen schließen, wird es einzig und allein möglich sein, den kommenden Neuerungen, und kommen werden sie, ruhig zu begegnen. Goffen wir, daß bis dahin die Arbeitgeber es begreifen haben, worin ihre Kraft besteht. Es kommt nichts dabei heraus, auf die gegenständlichen Unternehmungen zu schwärzen, nein jeder sollte sich darüber freuen, daß es seinen Berufsorganisation gelang, sich während schwerer Zeit möglichst gut über Wasser zu halten und mag er ihm gern etwas absehen und versuchen, daselbe zu tun, vor allen Dingen aber möge jeder sehen, daß er sich mit seinen Berufsorganisation eng verbindet zum gemeinschaftlichen Kampfe gegen diejenigen, die gegen ihn sind. Es muß hier heißen: „Wer nicht mit uns ist, ist gegen uns.“

Also nur darauf läuft die Geschichte hinaus, die Fuhrherren sollen sich zusammenschließen, damit sie den Forderungen ihrer Arbeiter begegnen können. Diese Menschenfreundlichkeit ist zu erwarten.

Die Unternehmervertreter des Fuhrverkehrs haben sich bekanntlich vor dem Verlaß für Normierung eines Normalarbeitstages, d. h. einer täglichen Schichtarbeitszeit von 14-15 Stunden ausgesprochen. Die Aufseher und Fuhrleute können daraus ersehen, welches Maß von Wohlwollen ihnen seitens der Unternehmer entgegengebracht wird. Und dabei waren besagte Unternehmer noch die vernünftigen und humansten, die meisten Arbeitgeber wollten von einer gesetzlichen Regelung der Arbeitszeit überhaupt nichts wissen.

Wit der Hoffnung mancher Kollegen, daß ihnen Hilfe von oben, von Unternehmern kommen werde, ist es nun ein für allemal gründlich vorbei. Gilt Dir selbst, dann wird Dir geholfen werden, heißt es jetzt für den Fuhrmann, den Geschäftsführer und den Aufseher. Wer sich nicht helfen hilft, der ist verloren.

Die „Deutsche Fuhrherren-Zeitung“ hofft, daß die Erhebungen einen „Anstoß zu tariflichen Vereinbarungen“ der beiderseitigen Organisationen geben werden. Goffen wollen wir dies auch, nur können nach all den bisher gemachten Erfahrungen wir nicht daran glauben. Tarifverträge werden kommen, das ist auch unsere Überzeugung, aber erst die Frucht erbitterter Kämpfe werden diese sein. Die wachsende Stärke unserer Organisation trägt den Aufseher und Fuhrleuten ganz gewiß eine wesentliche Verbesserung ihrer Arbeitsverhältnisse, ob sie aber auf friedlichem und vereinbarten Wege erreicht werden kann, daran möchten wir schon deshalb zweifeln, weil es zu viele Fuhrherren gibt, die gar zu sehr den Herren im Hause herausstehen. Für die Arbeitnehmer besteht einseitig keine Veranlassung, den Degen in die Scheide zu stecken und ruhig der Dinge zu warten, die kommen. Es ist für alle Fälle immer gut, sein Eisen im Feuer zu halten und stets zum Kampfe bereit zu sein. Vorläufig gibt es nur einen bewaffneten Frieden. Der Mühsal- und Wohlstandesruf der Arbeitgeber wird sicherlich unsere Kollegen zu gleichem Tun anspornen.

Die Entwicklung der internat. Transportarbeiter-Föderation.

Das neue Sekretariat der Internationale richtet sich. Wir erfahren endlich, wie es um die Föderation steht. Bis zum Jahreschluss 1904 hatten 104.918 Mitglieder ihre Beiträge bezahlt. 25.449 Mitglieder sind mit ihren Beiträgen im Rückstand. Diese Mitglieder verteilen sich auf folgenden Organisationen: 14.000 Mitglieder auf die Dock, Wharf, Riverside and General Workers' Union of Great Britain und Irland mit einem rückständigen Beiträge von ungefähr 6 Quartalen in Höhe von 68 Sterl. 8 sh 4 d, 5000 Mitglieder der National Sailors and Firemen's Union

in England mit einem rückständigen Beitrag von 7 Quartalen in Höhe von 85 Sterl. 18 sh 4 d, 5000 Mitglieder der Federation National des Ouvriers des Ports de France mit einem rückständigen Beitrag für 3 Quartale in Höhe von 12 Sterl. 14 sh. 600 Mitglieder des Soemendano's Forbano in Danmark für 1904 mit 2 Sterl. 4 sh 8 d. 849 Mitglieder der Associaao de Classe dos Conductores, Cocheiros e Guardas-freios in Lissabon für 1904 mit 1 Sterl. 9 sh 1 d. Alle diese genannten Organisationen sind aufgefordert worden, ihre Beiträge einzulösen.

Wenn die Organisationen, die mit ihren Beiträgen im Rückstand sind, diese bezahlen, dann hat die I. T. F. 1.209.965 Mitglieder. In dieser Summe sind 80.000 Mitglieder der Risonito Ferroviario Societa tra Ferroviari e Tramviari, Milano, Via S. Gregorio, 40, Casa Ferroviari (Eisenbahner in Italien) mit eingeschlossen. Diese Organisation hat sich der I. T. F. angeschlossen und ihre Beiträge für das 4. und 1. Quartal bezahlt.

Ferner hat vom 1. Januar d. J. die International Longshoremen, Marine and Transportworkers Association (Schauereute, Seeleute und Transportarbeiter in Nordamerika) sich mit 50.000 Mitgliedern der I. T. F. angeschlossen. Demnach hätte die I. T. F. jetzt eine Gesamtmitgliedszahl von 1.800.000 erreicht. Die Adresse der I. L. M. and T. A. ist: Mr. Daniel J. Keefe, President, 470 408, Elks, Temple, Detroit, Mich., U. S. A.

Aus unserem Beruf.

Automobilfahrer.

Ein verständiges Urteil. Ein Motorfahrer war wegen übermäßig schnellen Fahrens von der Polizeiverwaltung in W. in eine Geldstrafe genommen worden. Er beantragte gerichtliche Entschädigung. Das Obergericht zu D. bestätigte die Strafverfügung, doch hob auf eingelegte Berufung das Landgericht Altona diese auf und sprach den Fahrer kostenlos frei. Das Urteil enthält einige allgemeine Bemerkungen über die Glaubwürdigkeit und Urteilsfähigkeit der Zeugen in Automobilfällen, besonders soweit diese Bewohner des platten Landes. Wir halten diese Bemerkungen für so wichtig, daß wir den entsprechenden Teil der Gründe im nachstehenden wörtlich wiedergeben.

„Das zunächst die Aussagen des A. angeht, so kann ihnen infolgt keine Bedeutung beigelegt werden, als dem Zeugen der Eindruck, daß das Automobil besonders schnell gefahren sei, nur durch seine Gehörorgane vermittelt worden ist. Gesehen hat er das Automobil nur auf dem Rückweg, als es ein ganz langsames Tempo angenommen hatte. Die beiden anderen Zeugen, die beklunden, daß das Automobil „sehr“ schnell gefahren sei, haben zwar das Automobil vorbeifahren sehen, der eine, A., hat aber das Automobil nur während er am Fenster saß, also während einer ganz kurzen Zeit gesehen. Der andere, B., ist durch das Geräusch, das er hörte, aufmerksam geworden, ist dann rasch vor die Tür getreten und hat das Automobil gesehen, nachdem es bereits nach Angabe des Zeugen, eine Entfernung von 150 Meter zurückgelegt hatte. Da der Zeuge, um an die Haustür zu gelangen, höchstens 5 Sekunden gebraucht haben will, so mußte das Automobil eine Fahrgeschwindigkeit von 1800 Meter in der Minute oder 108 Km. in der Stunde gehabt haben. Es liegt auf der Hand, daß diese Behauptungen des Zeugen auf einem sehr erheblichen Irrtum beruhen müssen, und daß der Zeuge entweder die Zeit, innerhalb deren er vom Fenster bis zur Haustür gelaufen ist, zu kurz, oder die Entfernung von der Haustür bis zu dem Punkte, an dem er das Automobil sah, zu groß angegeben, oder endlich, daß er sich in beiden Beziehungen getäuscht hat. Offenbar haben sowohl bei diesem Zeugen, als auch bei dem Zeugen A., der lediglich, ohne Unterlagen für sein Urteil angeben zu können, behauptet hat, daß das Automobil „übermäßig“ schnell gefahren sei, gewisse seelische Umstände mitgewirkt, die geeignet waren, die Unbefangenheit der Zeugen zu erschüttern und ihre Urteilsfähigkeit zu vermindern. Erfahrungsgemäß haben die meisten Menschen, sofern sie nicht selber Automobilfahrer sind, eine, bedauere zu einem Sachgehalt verdächtige Abneigung gegen das in Rede stehende Verkehrsmittel, die im wesentlichen auf der nicht unbegründeten Vorstellung gegründet ist, daß Beschäftigung und Befahrung der Fußgänger durch das Automobil eine wesentliche Steigerung erfahren habe. Die Abneigung gericht besonders unter den Bewohnern des platten Landes — zu denen ja auch die Zeugen gehören — und sie ist bei vielen um so begründeter, als der Verkehr nach dort — im Gegensatz zu den großen Städten — gewöhnlich in sehr ruhiger Weise besteht und auch nicht im entferntesten denjenigen Grad von Aufmerksamskeit von den Fußgängern erfordert, welcher in den großen Städten beobachtet werden muß. Eine solche Abneigung hat aber zur Folge, daß dem mit ihr Befassten die Schnelligkeit, durch welche die Beschäftigung und Befahrung des Publikums hervorgerufen wird, von vornherein erheblich größer vorkommt, als sie der Wirklichkeit entspricht. Erwägt man ferner noch die eigentümlichen Geräuße, die ein fahrendes Automobil hervorbringt, seine besondere Form, sowie endlich die hinsichtlich des Mechanismus und der Ursachen der Fortbewegung herrschende Unkenntnis, so darf man auch ein gewisses Furchtgefühl als weiteren, das sichere Urteil trübenden Umstand hinzusetzen. Daß den beiden hier in Frage kommenden Auskunftspersonen solche Empfindungen nicht innewohnen, hat das Gericht nicht annehmen können. Sinnschlag des Zeugen W. war sogar geradezu ihr Vorhandensein festzustellen, da sich sonst seine offensichtlich übertriebene Meinung im Punkte der Zeilangnahme nicht erklären läßt.“

Darnach stellt es an einer Unterlage, die die Feststellung ermöglichte, daß der Angeklagte die zulässige Schnelligkeit überschritten habe.“

Fensterpuher.

Leipzig. Die am 28. Januar zahlreich besuchte Versammlung beschloß sich mit dem Streik der Kollegen von dem Institut der Sagonia. Kollege Weber schilderte

das brüste Verhalten der Firma bei dem jetzigen, sowie auch bei dem letzten Streik im vorigen Jahr und gibt dem Wünsche Ausdruck, daß es endlich gelingen möge, auch diesen Herren zu beweisen, daß die Organisation ein Faktor ist, mit dem jeder Unternehmer rechnen muß, ob er will oder nicht. Die Versammlung nahm die Ausführungen des Redners mit stürmischem Beifall entgegen und nach einer lebhaften Diskussion wurde folgende Resolution einstimmig angenommen:

„Die am 28. Januar tagende öffentliche Versammlung der Fensterpuher protestiert energisch gegen das brutale Vorgehen der Firma Sagonia, bei welcher einer ganz minimalen Forderung halber die dort beschäftigten Kollegen in den Kampf treten mußten. Die Kollegen beklagen aus lebhaftester, daß sich dort Arbeitswillige eingefunden haben, welche versuchen, den Streik illusorisch zu machen und appellieren an dieselben, sich mit uns solidarisch zu erklären. Die Versammlung bringt den Ausständigen volle Sympathie entgegen und verpflichtet, dieselben finanziell, sowie moralisch zu unterstützen.“

Daß sich auch bei diesem Streik, sowie bei jedem anderen sogenannte Arbeitswillige gefunden haben, ist ja eine sehr traurige, aber durchaus nicht neue Tatsache. Daß aber ein organisierter Kollege, der bis zur letzten Woche von unserem Verband Arbeitslosenunterstützung bezogen hat, der erste war, der den Arbeitswilligen machte, dürfte gewiß nicht oft vorkommen und verdient dieser Fall jedenfalls festgenagelt zu werden. Der Name ist Max Biedler.

Nürnberg. Voriges Jahr im März hatten wir für die hiesigen Fensterpuher einige kleine Verbesserungen durchgeführt. Während nun diese Zugeständnisse von 2 Firmen eingegangen, hat die Firma „Körb“, Inhaber Georg Feigt, vulgo der Fensterörg, dieselben sofort wieder durchbrochen. Ja, der Görg ging noch weiter, er warf — dank der Saumlässigkeit und Schmaroherei des Vorarbeiters Sch. — die organisierten Kollegen hinaus. Infolge dessen waren wir machtlos. Mittlerweile gelang es uns, wieder die Fensterpuher zu organisieren. Unserem schlauen Görg gefiel es aber, an der letzten Weihnacht ebenfalls wieder nach einem Schweißbraten, den er schon in Gedanken behaglich zu verzehren glaubte. Die Mittel — um seinen Korpus durch einen Braten zu bereichern — sollten ihm seine Arbeiter liefern. Er brachte infolge dessen seinen Reuten den 2. Weihnachtserntetag in Abzug. Doch mit des Geschicks Mächten ist kein ewiger Bund zu schließen. Endlich, anfangs 1905, hatte die Knechts die Walengasse und das Haus unfers noch tief im Schlummer liegenden Görg erreicht. Die Leute haben die Arbeit eingestellt, und früh um 6 Uhr erschien die Kommission bei Herrn Feigt, um ihm in aller Gemütsruhe die Nachricht zu überbringen, daß die Leute nicht mehr arbeiten, bis er den Feiertag bezahlt und auch die übrigen Abmachungen unterzeichnet habe. Um 1/7 Uhr ließ Feigt die Kommission rufen und erklärte, daß er den Feiertag nachbezahle und auch gern bereit sei, von jetzt ab alles richtig einzuhalten, was er auch durch seine Unterschrift bekräftigte. Die Arbeiter haben nun sofort um 7 Uhr früh die Arbeit wieder aufgenommen.

Nachdem es aber unsern schlauen Görg nach neuen Vorbeeren gefiel, hat er die Abmachungen sofort innerhalb 3 Tagen neuerlings durchbrochen. Abermals und zwar an einem Freitag — früh 6 Uhr bei strenger Kälte — stellen die sämtlichen Fensterpuher die Arbeit ein. Kurz nach 6 Uhr rüde unser lieber Görg und sein dünner Geschäftsführer resp. seine Frau Gemahlin mit je einer Vetter und am Arme die roten Norstängel zum Fensterpuhen aus. Stolz wie 2 Spanier schritten beide an uns vorbei mit den Worten, heute kommt ihr aber stehen; prompt wurde ihnen die Antwort, wir haben Zeit. Für uns war die Situation klar, denn wir sagten uns, entweder wir dürfen mit diesem Mann überhaupt nicht anfangen oder, wenn ja, dann müssen gleich schwere Geschütze aufgeföhren werden. Wir wählten das letztere und wurde auch sofort mit Schußdruck gearbeitet. Früh 6 Uhr wurde die Arbeit eingestellt, um 9 Uhr gaben wir ein Flugblatt in Druck, welches abends um 5 Uhr schon an die Kundschafft des Feigt verteilt wurde. Am 2. Tage arbeitete Feigt schon mit 5 Arbeitswilligen. Nach 2 tägigem Streik, also Samstag abend um 7 Uhr, fragte das Streikkomitee in höflicher Form bei Feigt an, ob er bereit sei, mit uns zu unterhandeln, wir wurden aber auf Sonntag mittag bestellt. Sonntag mittag ließ uns Feigt dann sagen, wenn ein Mitglied aus der Kommission anscheide, dann dieses dürfe sein Haus nicht mehr betreten. Wir ließen den guten Mann sagen, die Kommission sei gewählt und können wir keine Veränderung treffen, entweder müsse er sich mit allen drei oder mit gar keinem abfinden. Feigt spielte den Proben weiter und ließ uns seine Antwort mehr sagen, obwohl wir über 1 Stunde im Streiklokal auf Antwort warteten. Nun gab es unerwartet seinen Ruckon mehr, sofort wurde am Montag früh ein weit schärferes Flugblatt in Druck gegeben, das nachmittags um 4 Uhr an die Kundschafft verteilt werden sollte. Feigt arbeitete Montag früh schon mit 9 Arbeitswilligen, obwohl er vorher nur 6 Leute beschäftigt. Seitens der Firma erschienen in sämtlichen Blättern Geschäftsempfehlungen, daß er trotz Streiks sein Geschäft unbeeinträchtigt weiterführe, indem er bereits sein Personal bedeutend vergrößert habe.

Endlich am Montag mittag scheint unserm Fensterörg ein Selbstbesen aufgegangen zu sein. Um 12 1/2 Uhr schied er ins Streiklokal, die Kommission solle zu ihm kommen. Wir erklärten, es tue uns sehr leid, so einfach sei jetzt die Sache nicht mehr, denn unsere Dispositionen seien bereits getroffen, Feigt habe 36 Stunden Zeit gehabt und es nicht für der Mühe wert gehalten, uns eine Antwort zu geben. Nachdem aber Feigt noch zweimal zu uns schied, gingen wir dann zu ihm. Es ist ihm also wirklich ein gewisser Körperteil mit Grundbeis gegangen.

Jetzt natürlich spielten wir den Proben und erklärten Herrn und Frau Görg, daß wir nur dann nachgeben, wenn er auf folgende Bedingungen eingehe: Er müsse uns einen Reders unterzeichnen, daß er 500 Mark Strafe zahle, wenn er noch einmal in irgend einem Punkte

die Abmachungen durchbrechen, ferner müsse er die gesamten Streiklohn zahlen, außerdem sämtliche Ausständigen wieder einstellen, sämtliche Streikbrecher, davon Arbeitskollektive einlassen und den vorher zur Auslösung eingestellten und bereits entlassenen Kollegen Deubereich für beständig einstellen. Jetzt genehmigte alles, lediglich bezüglich der Streiklohn einigten wir uns dahin, daß jetzt nur 100 Mk. zu zahlen habe und den Rest wir übernehmen. Die 1000 Stilk Flugblätter gelangten nicht mehr zur Ausgabe, sondern das ganze Paket stellten wir Herrn jetzt zur Verfügung. Die erwählten 100 Mark hat er uns sofort ausbezahlt und zwar in Gold. Anderen Tages reimmunierte er in seinen so sehr beliebten Brantweinseuten und Bierneiben, die hätten diese 100 Mark auch in Silber genommen, aber ich habe ihnen gesagt, daß ich Geld habe und obige Summe in Gold ausbezahlt. Nach vorstehender Belohnung ist es uns gelungen, die sämtlichen diesigen Feindesherren zum Verstande zu bringen und jetzt ist es notwendig, daß dieselben der Organisation treu bleiben, damit wir zu gegebener Zeit bessere Löhne erringen können. Denn Einigkeit macht Kraft.

Handelsarbeiter.

Zur Frage der Unfallversicherungspflicht der Buchhandlungsboten und Kolporteure erhalten wir folgende Zuschrift:

„Wenn heute vom Nutzen der gewerkschaftlichen Organisation gesprochen und geschrieben wird, so in fast allen Fällen doch von dem Nutzen, den die Arbeiterschaft durch das kollektive Zusammenhalten hat. Sei es, daß sich die Früchte dieses Zusammenhaltens bei den Versuchungen, bessere Lohn- und Arbeitsbedingungen zu erringen, zeigen, sei es auf dem Gebiete der Selbstversicherung gegen Arbeitslosigkeit und so weiter. In dem folgenden Heften sei vom Nutzen gewerkschaftlicher Organisation auf einem anderen Gebiete gesprochen. Durch Einrichtung von Arbeitslosenverbänden der einzelnen Gewerkschaften das Arbeitsbedürfnis der Mitglieder zu befriedigen. Durch die Krankenkasse gut geleiteter Krankenkassen werden die Leser nicht nur von den Vorfällen in der Branche und auf dem Arbeitsmarkt unterrichtet, sondern auch mit der Sozialgesetzgebung und darauf bezüglichen Entscheidungen bekannt gemacht. Und daß das letztere nicht unwichtig ist, möchte ich hier an der Hand eines persönlichen Erlebnisses den Kollegen zeigen.“

Finde ich da bei Gelegenheit der regelmäßigen Redaktionen des „Couriers“ eine Einrichtung des Reichsversicherungsamtes erglänzt, nach der Zahlungsbedingungen der Gewerbeunfallversicherung unterliegen, wenn der Unternehmer die Firma in das Handelsregister eingetragen ist und in dem Betriebe Beschäftigten haben, die nicht unter heimlichem Umfange ausgeführt werden. Der Zusatz will es, daß ich, da ich zu jener Zeit in einer Porträtbuchhandlung als Bücherbote angestellt war, mir bei der Bestellung von Zeitschriften den Fuß verstauchte und arbeitsunfähig wurde. Während der nun folgenden unentschuligten Abwesenheit im Krankenhaus fällt mir die erwähnte Stelle wieder ein. Ich frage mich: Ist es möglich, auf Grund jener Einrichtung des Reichsversicherungsamtes zu veranlassen, daß auch die Angehörigen der Kolportagebuchhandlungen in die Versicherungspflicht einbezogen werden? Beim Studium dieser Frage kam ich mehr und mehr zu der Überzeugung, daß eine Bejahung der Frage sehr im Bereich der Wahrscheinlichkeit liege. Ich beschloß, auf Grund meines eigenen Falles eine Entscheidung herbeizuführen zu versuchen. Einen Anspruch an die Versicherungspflicht hätte ich nicht vor Ablauf der 13. Krankheitswoche stellen können. Ich suche deshalb, um die Angelegenheit so schnell wie möglich in Schrift zu bringen, nach einem Ausweg und finde ihn in einer Bestimmung des G.-U.-G. (§ 12) betreffs Gewährung eines Unfallzuschusses vom Beginn der 5. Krankheitswoche ab in Höhe der Differenz zwischen dem Krankengeld und zwei Dritteln des, der Berechnung des Krankengeldes zu Grunde gelegten Tageslohnes. Der Unfallzuschuß ist von der Krankenkasse zu zahlen und vom Unternehmer nachdem wieder einzuzahlen. Ich stelle nun einen entsprechenden Antrag bei der Krankenkasse und erhalte nach 3 Wochen einen ablehnenden Bescheid. In dem Bescheide steht es, der Betrieb sei nach einer der Krankenkasse gewordenen Mitteilung zwar versicherungspflichtig, doch gehöre ich, der ich als Kolportbote und Kaffierer angestellt gewesen sei, zum kaufmännischen Personal, das der Versicherungspflicht nicht unterliege. Nun wollte mir allerdings nicht in den Kopf, daß ich, der ich den ganzen Tag nur Zeitschriften an die Abonnenten ausgetragen und das dafür zu entrichtende Geld einlieferte hatte, mit einem Mal Kaufmann sein sollte.

Als jetzt waren die Bestimmungen des Handelsgesetzbuches (6 wöchentliche Kündigung und Weiterzinsen des Lohnes während der Krankheit auf 6 Wochen) auf uns nicht in Anwendung gebracht worden. Da ich wußte, daß der Bescheid, den die Kasse erhalten hatte, von der Lagerleiterbuchhandlung ausging, unternahm ich es, der Versicherungsgesellschaft die Konsequenz dieser Meinung vorzuführen. Ich führte in einem längeren Schreiben meine Ansichten aus und machte die B.-G. darauf aufmerksam, daß, wenn die B.-G. die ihrer Meinung beharre, auch sämtliche Zahlungsansprüche, die am Beginn des Monats die Abonnementgebühren einziehen, Kaufleute (Kaffierer) sein würden.

Durch meine Ausführungen wurde nun die B.-G. veranlaßt, in eine neue Prüfung der Frage einzutreten. Die Antwort war eine Untersuchung durch den Vertrauensarzt und 2 Vorladungen und Zeugenvernehmungen vor der Kasse. Und jetzt ein Rentenfestsetzungsbescheid! Also ist die B.-G. von der Versicherungspflicht der Bücherboten, soweit sie in den größeren Kolportagebuchhandlungen beschäftigt sind, überzeugt. Den Nutzen von diesem Ausgang der Sache haben die in solchen Betrieben beschäftigten Kollegen. Wie leicht vermag ich jemand, der gezwungen ist, den ganzen Tag treppauf, treppab zu laufen und sich abzuhalten, um nur das Allernotwendigste zum Leben zu verdienen! Wäre ich nicht organisiert gewesen, hätte ich den „Courier“ nicht in die Hand genom-

men, wie viele hätten noch verunglückt können, ohne daß ihnen irgend eine, auch nur geringe Entschädigung für Unfälle geworden wäre. Wie steht es denn auch mit der Organisation unter den Kollegen aus? Es werden noch nicht 5 pct. sein, die ihre Lage erkannt und die Konsequenzen daraus gezogen haben. Hier wird noch viel Arbeit geleistet werden müssen. Es wird anerkannt sein, daß die Verbandskollegen, die mit den Kolporteurs in Verbindung kommen, diese Kollegen auch darauf aufmerksam machen, was durch eine Kasse im „Courier“ für sie erreicht werden ist. Wieviel mehr liegt sich für die Kollegen erreichen, wenn jeder einzelne den Wert und Nutzen der Organisation begriffen hätte.

Rob. Krummholz.

Charlottenburg. Amelangsche Buchhandlung. Vor ungefähr Jahresfrist hatten wir uns schon einmal mit dem Verhalten der Herren Chefs der oben genannten Firma, den Herren Behne und Eggers zu beschäftigen. Wie die Firma mit ihren Routen umgeht, sobald sie erfährt, daß diese organisiert sind, geht aus folgendem hervor:

Der 18 Jahre alte Dreiradsfahrer Richard A. war bei der betr. Firma vom 23. April 1904 bis jetzt beschäftigt und hatte seine Arbeiten stets zur Zufriedenheit ausgeführt. Durch die enormen Aufträge, welche die Firma zum Weihnachtsfeste erhielt, wurde auch vorbenannt mit Arbeiten beratig überfordert, daß es ihm fast unmöglich erschien, alle diese Anforderungen, die an ihn gestellt, beizubringen zu können und blieb ihm infolge dessen nichts anderes übrig, als auch die Nachfelerarbeiten mit zur Hilfe zu nehmen. Trotzdem derselbe nun der Firma des öfteren über die längere Arbeitszeit mitgeteilt wurde, wurde ihm einfach zur Antwort, die Tour muß raus und dafür erhalten Sie ja doch auch Weihnachtsgratifikationen. Es blieb dem Betroffenen also weiter nichts übrig, als diese überanstrengende Arbeit zu verrichten, falls er nicht schon vor Weihnachten aus Straßenspielfeld fliehen wollte.

Wie nun eine solche Weihnachtsgratifikation aussieht, geht daraus hervor, daß die zu Weihnachten erhaltenen Gratifikationen von 25 Mk. nicht einmal die gemachten Ueberstunden an Zahlung übersteigt, und das nennt dann die Firma wie die Weihnachtsgratifikation! Wie es nun bekanntlich bei solchen Firmen ist, wird, falls die gezeigten Arbeiten erledigt, auch immer darauf gehalten, wieder zu billigeren Arbeitskräften zu gelangen, und so schien es auch hier der Fall zu sein. Nachdem die Feiertage vorüber, suchte man sich einer derartig mitleidig gewordenen Person dadurch zu entziehen, indem man einfach erklärte, dieselbe sei nach den Feiertagen kummlich, ja sogar faul geworden.

Und dies, trotzdem dieselbe vor den Feiertagen noch als durchaus fleißig bezeichnet wurde.

So, man ging nachdem sogar soweit, dem Kollegen zu sagen, er wies die anderen Routen auf und falls er sich nicht bis Weihnachten, den 4. 1. 05, bessere, er ausbilden müsse, jedoch erfolgte gleich die Kündigung.

Da sich der Kollege aber eine solche Abweisung nicht wollte gefallen lassen und einfach der Firma erklärte, daß ihm zum mindesten noch die 14 tägige Kündigung zuzukommen, indem wieder mündlich noch schriftlich eine dreitägige Kündigung vereinbart wäre, drohte man damit, daß die Firma sich beim Gewerbegericht erkundigt und den Bescheid erhalten hätte, berechtigt zu sein, betr. Arbeiter wegen Antiliegen der Routen zu sozialistischen Umtrieben sofort entlassen zu können. Der Chef, Herr W., äußerte sogar, solche Handlungsweise würde bis 1 Jahr Gefängnis bestrafen.

Es scheint der Firma wohl hauptsächlich daran gelegen zu sein, um nach den Feiertagen, wo die Routen wieder nachlassen, eine billigere Arbeitskraft zu verwenden, indem ihr der horrenden Lohn von Tage und Nacht 17 Mk. pro Woche als zu hoch erschien.

Wagte es einmal einer der Leute, in eine Restauration einzutreten und sein Frühstück so schnell als möglich einzunehmen oder gar außer dieser Zeit sich durch 1 Glas Bier mal bei solcher langandauernder Arbeitszeit zu erfrischen, so erhielt er sofort verständlich die bittersten Vorwürfe darüber.

Leider steht es ja bei der betr. Firma mit der Organisation noch sehr trübe bei den dortigen Arbeitern aus, sonst könnte es wohl auch kaum vorkommen, daß, wenn wirklich nach Feiertagen mal über Organisationsangelegenheiten gesprochen wird, dies der Firma gleich hinterbracht wird.

Der glückliche Arbeiter ließ sich nicht abschrecken, klagte vor dem Gewerbegericht, und hier erfuhr dann die Firma auch, daß Aufforderung zum Beitritt zur Organisation jedem einzelnen zuliebe. Die Firma wurde verurteilt, an den Kläger 22,68 Mk. rückständigen Lohn zu zahlen.

Einen recht eigentümlichen Standpunkt nahmen die beiden Väter der Firma, Gebr. Hing, ein, indem sie auslachten, sie hätten sich durch die Aufforderung, ihren Beitritt zur Organisation zu beabsichtigen, belästigt. Sind das nicht wirklich Prachtexemplare von Arbeitern?

Dresden. Die in der Petroleumbranche tätigen Kollegen der Firmen Deutsch-Amerikanische Petroleumgesellschaft Ebert u. Co., Wachs u. Föhner gehören sämtlich unserem Verbande als Mitglieder an. Nur die Kollegen der Firma Gebr. Marquardt finden es nicht für nötig, der Organisation anzuschließen. Beschäftigt sind dort 26 Kollegen und 2 Kollegeninnen. Zu einer am 5. Februar anberaumten Betriebsbesprechung waren ganze 4, vier Kollegen erschienen. Dabei sind die Lohn- und Arbeitsverhältnisse bei der Firma Gebrüder Marquardt äußerst verbesserungsbedürftig. Zum Beispiel müssen die Kollegen Sonntags Wagen waschen. Die Sonntagsjour wird nicht bezahlt. Die Beifahrer müssen nach Beendigung ihrer Tour noch Lagerarbeiten verrichten bis abends 8 oder 9 Uhr und erhalten wöchentlich 13,50 Mk. Lohn kann man dies nicht nennen, im höchsten Falle Trinkgeld. Die Behandlung unserer Kollegen seitens der Vorgesetzten läßt außerordentlich viel zu wünschen übrig. Ebenso wie andere Kollegen durch unsere Organisation namhafte Vorteile erreichten, wäre

es ein leichtes, auch für die Kollegen der Firma Gebr. Marquardt Verbesserungen zu erreichen. Allerdings solange die Kollegen nicht für nötig halten, sich unserer Organisation anzuschließen und mitzulieben, haben auch wir es nicht nötig, für dieselben die Kassen aus dem Feuer zu holen. Wer nicht hört, der muß fühlen. Hoffentlich kommen auch diese Kollegen bald zu einer besseren Einsicht.

Weiterwirtschaft im Erfurter Konsumverein. Kürzlich verließ unser Mitglied Zeunemann dort seine Stellung als Markthelfer und mußte folgedessen eine Neuanstellung erfolgen. Unversehens wurden der Verwaltung 4 arbeitsfähige Mitglieder zur Auswahl präsentiert. Wir wären selbstverständlich bereit gewesen, falls keiner dieser Bewerber konzentriert hätte, weitere Kollegen zu empfehlen. Nun war aber unsere Vermutung umsonst, wie folgendes Schreiben der Verwaltung des Vereins deutlich darlegt:

„Erfurt, 27. Januar 1905.“

Herrn usw.

Die Verwaltung des Konsumvereins für Erfurt und Umgebung hat in ihrer gestrigen Sitzung Kenntnis von Ihrem Schreiben genommen, konnte sich aber auf keinen der von Ihnen Vorgeschlagenen einigen. Die Stelle ist bereits durch einen lebigen organisierten Mann besetzt. Mit Gruß

D. Wiesen.

Der Engagierte ist der Bruder des Kantonsrats und, soviel uns verraten wurde, hatte der Geschäftsführer diesen Verwandten seines Kontrollieurs schon vor der Sitzung angenommen. So wird auch die berechnete Organisation geplatzt; weiterer kommunaler Anhang der Sachlage, die für sich selbst spricht, wohl überflüssig.

Frankfurt a. M. (Die Geschäftsunkundigkeit der Chefs.) Es berührt einen fast komisch, wie viele Prinzipale, Chefs erster altrenommierten Weltfirmen, die sonst alle kaufmännischen Tüden aus dem H. f. verlieren, die elementarsten Grundzüge des gewerblichen Arbeitsvertrages nicht kennen.

Der Kollege St. war bei der Firma Johs. Böhmer als Lagerarbeiter tätig, da er sich aber bedeutend verbessern konnte, nahm er Rücksprache mit dem Chef der Firma und bat gleich, sein Arbeitsverhältnis lösen zu dürfen. Weiterer behaupte allerdings, einen solch tüchtigen Arbeiter zu verlieren, war aber schließlich damit einverstanden. Nachträglich muß ihm seine Zustimmung doch sehr getan haben und wollte der Herr Chef wahrscheinlich dem Kollegen seine Macht fühlen lassen, denn er fertigte ihm folgendes Zeugnis aus:

Frankfurt a. M., den 24. Jan. 1905.

Zeugnis.

Hiermit bescheinige ich, daß St. aus Berlin vom 17. August 1904 bis heute als Arbeiter in meinem Geschäft tätig war und sich während dieser Zeit durch Fleiß, Treue und gutes Betragen meine Zufriedenheit erworben hat. Heute läuft er ohne Kündigung von der Arbeit fort, nachdem ich ihm in den letzten Wochen 5 Tage, an welchen er nicht arbeiten konnte, mit je 3,80 Mk. vergütet resp. nicht in Abzug gebracht habe. Auch wurde ihm bei der Arbeit nichts zugemutet, was seinen plötzlichen Austritt irgendwie gerechtfertigt hätte.

Johs. Böhmer.

Ueber diese Unternehmervieles haben wir wirklich recht herzlich lachen müssen und sind wir dem Herrn recht dankbar, uns auf diese billige Weise ein Vergnügen bereitet zu haben. Kollege St., der durchaus glaubhaft ist, versichert uns, daß er in ruhigen, mäßigen Schritten die Stelle seines früheren Wirtens verlassen habe, von einem „Laufen“ kann keine Rede sein, da war er selbst kein Freund von. — Selbstverständlich mußte sich Herr St. bequemen, ein anderes Zeugnis auszusstellen und war ganz erlaucht, daß das erste nach der G.-D. nicht zu lässig sei.

Der Hamburger Senat und der Achtuhr-Labenschluß. Der „Samb. Correspondent“ teilt mit: „Das Antwortschreiben des Senats auf die Eingabe des Komitees wegen Veranlassung einer Enquete zur Einführung des Achtuhr-Labenschlusses lautet wortlaut:

Hamburg, den 11. Januar 1905.“

Der Senat erteilt auf das Gesuch des Komitees zur Herbeiführung des 8 Uhr-Labenschlusses vom 21. November 1904, zu Händen von Elegg. Leser, Steinmann Nr. 53, den Bescheid:

Daß auf das Gesuch, da nach den angelegten Ermittlungen die gesetzlichen Voraussetzungen für eine solche Entscheidung oder für ein der Bekanntmachung des Reichsstatuts vom 25. Januar 1902 (R.-G.-Bl. S. 38) entsprechendes Verfahren nicht gegeben sind, nicht eingegangen werden könne.

ag. Kaufmann.

Das Reichs-Gesetzblatt, auf das in dem Senatsbescheid Bezug genommen, besagt:

§ 1. Zur Feststellung der bei Anträgen gemäß § 139 Abs. 1, 2 der Gewerbeordnung erforderlichen Zahl von zwei Dritteln (Abs. 1) oder einem Drittel (Abs. 2) der beteiligten Geschäftsinhaber hat die höhere Verwaltungsbehörde, sofern es nach den Umständen des Einzelfalles geboten erscheint, einen Kommissar zu bestellen. Als solcher kann auch der Gemeindevorsteher oder ein Mitglied des Gemeindevorstandes und, wenn es sich um Anträge für mehrere örtlich unmittelbar zusammenhängende Gemeinden handelt, der Gemeindevorsteher oder ein Mitglied des Gemeindevorstandes einer der beteiligten Gemeinden bestellt werden. Die Bestellung des Kommissars ist in der für die amtlichen Bekanntmachungen der Behörden üblichen Form zu veröffentlichen.

§ 2 enthält Ausführungsbestimmungen. Das Komitee hat nun eine weitere Eingabe an den Senat gerichtet, in der um Angabe von Gründen für die Ablehnung seines Antrages gebeten wird. Dieser stütze sich auf etwa 3200 Unterschriften von solchen Arbeitern, die nicht zur Lebensmittellieferung gehören. Da nach den vorhandenen Statistiken, die vom Zentralausschuß Hamburg-Altonaer Detailfirmen und gelegentlich der Wahl zur Detailfirmenliste gemacht worden sind, die Zahl der

Detailisten, die nicht der Lebensmittelbranche angehören, etwa 5000 L. beträgt, so plant die Antragssteller, eine gesetzliche Unterlage für ihr Geschäft zu haben. Sie nahmen an, in den Worten der Verordnung „hat zu veranlassen“ einen Hinweis für die höhere Verwaltungsbehörde erbiten zu dürfen, um ihren Antrag einzugeben.“

Um aufzudecken zu können, ob die abnehmende Salina des Seals dem Gesetz widerspricht oder sich nur auf formalen Verstoß beruht, wäre es notwendig, den Wortlaut des Gesetzes des Komitees zur Verbesserung des Salz- und Lebensmittels zu kennen. Wenn das Gesetz formell richtig abgefaßt war, muß der Seale eine Abnahme unter den fraglichen Lebensmitteln herbeiführen lassen, da das erforderliche Detail den Antrag gestellt hat.

Karlruhe. So mancher unserer Berufscollegen schmerzt für die schöne badische Residenz, zumal sie so reichlich in der Mitte des Mutterlandes liegt. Groß ist aber die Enttäuschung, wenn die Kollegen vom hiesigen Arbeitsnachweis eine als gut empfohlene Stelle erhalten. Oder wenn diese Kollegen mal das hiesige Tagelohn auf seine Stellenanforderungen hin durchsehen. Da heißt es zu meist: Stiefel, ordentliche Leute mit langjährigen Zeugnissen werden gesucht etc. So sucht der hiesige Wegwerfmeister Homburger alle paar Wochen mal eine fraglichen Hausbesitzer. Der Herr gibt „steie Koll“ und 4,50 M. Wochenlohn. Ausgezahlt wird auch dieser Lohn nicht etwa pünktlich, nur wenn der Hausbesitzer den Lohn verlangt, erhält er zwei Mark mit den Worten: „Ma dös wärd doch lange.“ Will der Hausbesitzer sich ein Stück Mühsal anschauen, dann muß er erst das Bedürfnis dafür zeigen. Leben Chef nachweisen. Herrn Homburger scheint auch der § 139b der Reichsgeldverordnung ein spanisches Dorf zu sein. Dieser Paragraph schreibt bekanntlich vor, daß den Arbeitern in offenen Lebensmittelfabriken eine ununterbrochene 11 stündige Ruhezeit zu gewähren ist. Dasselbe dauert aber die Arbeitszeit von 6 Uhr morgens bis 9 Uhr abends, wohl nur, um den gehenden Schlaf zu befördern. Das traule „Du“, mit dem Herr Homburger seine Hausbesitzer anreden beschließt, paßt auch nicht mehr recht in das zwanzigste Jahrhundert hinein, vorausgesetzt, daß diese Anrede nicht auf Gegenfälligkeit beruht.

Das ist indes nur ein charakteristischer Fall von den vielen, die hier in den hiesigen Geschäften zu verzeichnen haben, dank der Laubheit der Kollegen, in Punkt Drangsal.

Mit dieser Laubheit muß endlich und zwar auch gründlich aufgeräumt werden. Es gilt recht selbst zu agieren, damit wir endlich daran denken können, eine Verbesserung unserer Lebens- und Arbeitsverhältnisse herbeizuführen. Zu dieser Arbeit hat jeder Kollege sein Pflichtteil beizutragen.

Inbegriffenheit der Organisations. Wie wenig leider noch manche Verbandsmitglieder den Zweck der Gewerkschaftsorganisation begriffen haben, zeigt uns recht deutlich die Austrittsentscheidungen verschiedener Mitglieder in Akt. Unsere dortigen Verwaltungsmittelglieder haben sich in dankschwerer Weise der Mühe unterzogen, die ausstehenden Mitglieder um den Grund ihres Austritts zu befragen und dabei folgendes, für die Ausgetretenen höchst traurige und bezeichnende Resultat erzielt: 1 Kollege ist ausgeschieden, weil er von den anderen Kollegen bei einer Angelegenheit nicht genügend beachtet worden ist, ein anderer wegen Weibergang, einem dritten erlaubt die Logikmutter die Verbandszugehörigkeit nicht. Ein weiterer Kollege ist beim Sommerurlauben vom Bevollmächtigten nicht vorherzusagenmäßig begrüßt worden, wobei einem anderen erlaubt die Gewerkschaftszugehörigkeit der Vater nicht. Fünf Kollegen traten aus und zum Brauerverband über, weil sie den mit dem Unternehmer abgeschlossenen Tarif inhalten wollten. Daraus kann man ersehen, wie sehr es noch der Aufklärungsarbeit bedarf, bis der Zweck der Gewerkschaftsorganisation allen ihren Angehörigen in Fleisch und Blut übergeht.

Gefaltung der sozialen Pflichten im Konsumverein Leipzig-Plagwitz.

Es ist eine Unwahrheit, daß wir es mit den sozialen Pflichten gegenüber unseren Angehörigen nicht mehr ernst nehmen und seit Anfang des Herrn F. C. einen sozialpolitischen Arbeitsgang machen.“

So schrieb die Verwaltung des Konsumvereins Leipzig-Plagwitz in ihrer bekannten Verlautbarung am 23. Dezember 1901 an uns. Die Verlautbarung hatte es nun aber sehr eilig, die Verlautbarung an uns selbst gründlich zu widerlegen. Wie ist dies bereits am 31. Dezember desselben Jahres, wie nachstehende Dokumente beweisen.

Die Geschäftsführer des Konsumvereins hatten sich erlaubt, folgendes Schreiben an die Verwaltung zu richten:

Plagwitz, den 27. 12. 01.

Hochw. Vorstand des Konsumvereins Leipzig-Plagwitz und Umgebung

zu Händen des Herrn Geschäftsführers Karl Arnold Plagwitz.

Unterzeichneter ist vom Ressort der Käufer beauftragt, dem hochw. Vorstand nachfolgendes zu unterbreiten:

Dem hochw. Vorstand wird es bekannt sein, daß die Touren, ausgeführt von den Aufsichtern, an Wochenfeiertagen 12 Eld. betragen und sie dafür mit 2,10 M. entschädigt werden, das sind gleich 50 pCt. vom Tagelohn, welcher im Wochenlohn mit bezahlt wird. Da nun aber der Tagelohn für 8 Eld. zu gelten hat, so können die 50 pCt. gleich 2,10 M. ebenfalls nur als Zuschlag für 8 Eld. Geltung haben. Genannte Abkettung hat aber, wie schon erwähnt, 12 Eld. Dienst und infolge dessen für 4 Eld. keine Entschädigung, das dürfte wohl nicht das Interesse einer Arbeiter-Institution haben. Wir erlauben dem hochw. Vorstand an sich Rechtsgelöst appellierend, den uns von Rechts wegen zulehrenden Lohn mit rückwirkender Kraft seit Einführung der 8 stündigen Arbeitszeit für das Jahrpersonal zur Auszahlung zu bringen.

In der Erwartung eines zufriedenstellenden Entgegenkommens, zeichnet

hochachtungsvoll

J. A. Louis Wiedemann.

Daraus erhielten sie nun folgende Antwort:

Leipzig-Plagwitz, den 31. Dezember 1901.

Herrn Louis Wiedemann

in Vertretung der Geschäftsführer des Konsumvereins

Leipzig-Plagwitz.

Auf Ihr w. Schreiben vom 28. 12. 01. erwidern wir, daß die Entlohnung für die Touren an den Wochenfeiertagen, 50 pCt. vom Lohne, der ja bezahlt wird, nach unserem Dafürhalten eine genügende ist. Die Arbeitsleistungen an den Wochenfeiertagen, wie auch an den Sonntagen von den Tourgehenden sind so geringe, daß von Arbeiten im strengen Sinne des Wortes in der Tat nicht gesprochen werden kann. Daß Sie in Ihrem Gesuche nicht auch dafür eintreten, daß Ihnen der Lohn, den Sie für die Touren an den Sonntagen bekommen, auf die 8 stündige Arbeitszeit verteilt wird, und dementsprechend um das doppelte zu erhöhen sei, bewundert wir.

Sie sprechen in Ihrem Schreiben und auch in Ihrer Presse, daß die Gewerkschaft als Musterinstitut immer zu bewilligen habe. Ihre Presse hat die Gewerkschaft nicht als solches bezeichnet, sie, die Gewerkschaft, vielmehr mit der Eigenschaft eines rückständigen Instituts belegt. Zum Musterinstitut gehören auch die Arbeiter, die den Arbeitern in ihren Arbeiten immer als Muster dienen sollen. Hoffentlich bildet sich das Interesse unter den Arbeitern der Gewerkschaft recht bald heraus und niemand wird sich darüber mehr freuen wie wir.

Wachtungsvoll

Konsumverein Leipzig-Plagwitz u. Umg.

K. Arnold. G. Hoffmann.

Die öffentliche Verböhnung der Arbeiter spricht so sehr aus diesem Briefe, daß wir der Ueberzeugung sind, seine moralische Wirkung ist eine größere, wenn wir es unterlassen, eine entsprechende Kritik daran zu knüpfen. Es gibt eben Leute, die es außerordentlich gut verstehen, in der Meinung, anderen eins anzuhängen, die eigenen inlauten Gedanken zu verlesen und dadurch sich selbst gründlich bloßzustellen.

Leipzig. Nachtragsbesuch im Tabakhandel — oder Elie mit Welle. Die kreisbahnmännlich ordnet an, daß die öffentlichen Verkaufsstellen für den Tabakhandel in der Stadt Leipzig auch in der Zeit von 8 bis 9 Uhr abends für den geschäftlichen Verkehr geschlossen sein müssen. Diese Anordnung tritt außer Kraft bei unvorhergesehenen Notfällen, sowie an den letzten acht Werktagen vor dem Weihnachtseste. Während der Zeit, wo Verkaufsstellen auf Grund dieser Anordnung geschlossen sein müssen, ist der Verkauf von Waren der fraglichen Art, sowie das Feltallen solcher Waren auf öffentlichen Wegen, Straßen, Plätzen oder an anderen öffentlichen Orten oder ohne vorherige Befestigung von Haus zu Haus im lebenden Welverbetriebe verboten. Doch können Ausnahmen von der Ortspolizeibehörde zugelassen werden. Inwieweit diese unterliegen der Strafbestimmung im § 146a der Gewerbeordnung. Diese Anordnung trat am 1. Februar 1905 in Kraft.

Münberg. Seit einigen Monaten ist es uns gelungen, auch die wichtigsten unserer Organisationsaufgaben zu erledigen. Die Lage derselben ist eine traurige, weshalb wir auch gezwungen waren, sobald als irgend möglich Verbesserungen für dieselben herbeizuführen. Es ist uns das auch gelungen. Am Montag, den 22. Januar, fanden wir den Unternehmern die Forderungen zu. Derselben lauten in der Hauptsache, Anerkennung des Verbandes, Verlängerung der Arbeitszeit um eine Stunde, Lohnauszahlung und Lohnauszahlung am Freitag.

Am Samstag, den 28. Januar, hatten wir mit den Unternehmern Unterhandlungen, welche nahezu 3 Stunden dauerten. Leider konnten wir nur folgendes durchsetzen:

Anerkennung des Verbandes, Lohnauszahlung am Freitag, Lohnauszahlung von pro Woche 2 M. für jeden Mann, Bezahlung der Feiertage; ferner sind alle Differenzen und Streitigkeiten von jetzt ab nur zwischen der Organisation und dem betr. Unternehmer zu regeln, die Invalitäts- und Krankentafelbeiträge dürfen auch nicht mehr in Abzug gebracht werden und haben infolge dessen die Leute eigentlich eine Zulage von pro Woche 2,50 M. erhalten; daß aber nicht mehr erreicht wurde, daran haben unsere Arbeiter selbst schuld, denn ein Teil davon wollten selber von der Organisation nichts wissen, stellte sich in den Schmollwinkel, um beim Unternehmer als Verdienst oder das Betriebe auf allen Suppen zu gelten. Hoffentlich wird dies jetzt anders.

Am Sonntag, den 28. Januar, hatten wir eine öffentliche Versammlung der Arbeiter, worin unser Komitee den Bericht über den Ausgang der Lohnverhandlung erstattete. Die Versammlung war sehr gut besucht und waren die Anwesenden mit dem Ausgang der Bewegung auch zufrieden und gaben das Versprechen, nicht eher zu ruhen und zu rasten, bis auch der letzte Arbeiter im Verbands sei. Mehrere Kollegen stiegen sich sofort auf. Darum auf, Kollegen, frisch ans Werk, halt die Indifferenzen aus dem Schmollwinkel heraus, eingegeben der Worte: „Wer nicht für uns ist, der ist gegen uns.“

Seiten. L. Wolf Söhne, ein für hiesige Verhältnisse größeres Verkaufshaus in Wirtschaftssachen und Spielwaren billiger Qualitäten, hat schon häufig Veranlassung zu Klagen über nicht besonders gute Behandlung der dort beschäftigten Kollegen gegeben. Da das Gegenteil einer Verbesserung wahrgenommen wird, sehen wir uns veranlaßt, den Kollegen, sowie der organisierten Arbeiterkraft etwas über die dortigen Verhältnisse zum Besten zu geben. Momentan werden dort 2 Kollegen mit einem Wochenlohn von 18 M. beschäftigt. Im vergangenen Herbst bis zum 27. Dezember waren dort 3 Hausdiener beschäftigt. Am letztgenannten Tage, nachdem also die Weihnachtarbeiten erledigt, der betreffende Kollege seine Kraft bis zum äußersten ange-

strengt hatte, wurde der von der Firma als zuerst eingestellte Kollege plötzlich wegen Mangel an Arbeit entlassen. Der Begriff Mangel an Arbeit ist aber ein sehr dehnbarer. Nach unserer Ansicht ist bei dieser Firma für mindestens 3 Kollegen das ganze Jahr hindurch reichlich Arbeit vorhanden. In hiesigen Kollegenkreisen verachtet ein großer Teil in dieser sogenannten Knochenmühle zu arbeiten. Daß dieser Ausbruch ganz zureichend ist, beweist ein jetzt dort beschäftigter Kollege. Als dieser dort eintrat, hatte derselbe ein frisches, volles Gesicht. Und heute? Krank kann derselbe nicht sein, denn ein kranker Mensch kann diese Arbeit nicht leisten. Wespens- und Frühstückspause gibt es nicht. Hat noch ein Kollege etwas zu essen, so muß er es auf der Straße oder bei der Arbeit tun. Die gesetzliche Arbeitspause von 1½ Stunden gibt es, aber wie? Nicht auf eine bestimmte Zeit gebunden. Ist eltsige Arbeit, muß diese festlich gemacht werden. Der Hausdiener kann sein Mittagbrot ja nachher, wenn es auch kalt ist, herunterschlingen. Wenn es früher Waggons zu laden gab und über Mittag gearbeitet wurde, so gab es hierfür 0,50 M. Vergütung. In letzter Zeit werden diese 50 Pf. von der Firma gestoppt und der Hausdiener kann sich für sein Geld etwas zu Mittag kaufen. Er hat's ja dazu. Er hat doch eine künftige Entlohnung. Aber auch aus Gewerkschaftsinteresse muß er dies tun, denn wenn er länger auf der Bahn zu tun hat, bleibt die Arbeit im Geschäft liegen und das könnte es passieren, daß die Firma sich eine Ausschlußkraft nehmen müßte, um die hiesigen angestammte Arbeit zu erledigen. Und dies möchte ein jeder Hausdiener verüben, da doch das Leben bei der Firma L. Wolf Söhne als ein richtig familiäres betrachtet werden kann. Wechselt aber sind für die Kollegen nicht zu viel dort. Es kommen auf jeden Kollegen höchstens 3-4, so daß es manchmal gar nicht möglich ist, alle auf-gegebene Arbeit im Kopfe zu behalten.

Stimmt nun mal ein Kollege über die ihm übertragene Arbeit nach, so heißt es gleich in einem Tone, wie bei den jungen Wölfen üblich, „haben Sie nichts zu tun?“ oder aber, „he, machen Sie die Arbeit.“ Erdohnungspausen während der Arbeit gibt es nicht. Wenn gearbeitet wird, dann wird gearbeitet und zwar derbe. Gernst kann werden nach Schluß des Geschäftes. (?) Es scheint, als ob für die Herren Chefs der Mensch erst bei einem bestimmten Grade anfängt. Auch aus Jugendbildner lassen die Herren sehr auf. Da die Firma auch Vertänferinnen ausbildet, so kann man die Anhänger der Firma auch als Jugendbildner betrachten. Nun, diesen jungen Damen gegenüber gebraucht der eine Wolf häufig den Ausdruck: „Haben Sie sich nicht eins hinter die Ohren geben.“ Wollt man man in der Jägerprache in wohl die Ohren des Hosen. Man könnte nun bald annehmen, man wäre draußen im Urwald und der Wolf will dem Hosen eins auswischen, oder nein, dieses ist ein Vorgang unter zivilisierten sehr vollkommenen Menschen. Wir möchten empfehlen, daß das Personal dieser Firma eine Geldsammlung veranstaltet und ein Buch mit dem Titel „Gang mit Menschen“ hierfür anschafft und dies dem Chef feierlich überreichen läßt. Aber noch besser wird es sein, gleich 2 solcher Bücher anzuschaffen, damit jeder der Herren Chefs eins erhält, und der Erfolg wird ein besserer und rascherer sein.

Wir werden fortan unser Augenmerk auf diese Firma halten und wenn es so gehen sollte, wie bisher, so können wir noch mehr verzeichnen, da wir erst frisch angeliefert haben. Für die hiesige organisierte Arbeiterkraft ist die Verzäpfung eines solchen Stoffes von großem Vorteil. Man sagt, so ein Stoff schärft und klärt die Augen und verblüht das — Portemonnaie. Also für heute genug und für später wird es kommen, wie es geht.

Weitergerätharbeiter.

Berlin. Eine Versammlung der Sektion der Weitergerätharbeiter tagte am Sonntag, den 22. Januar, im Gewerkschaftshaus. Mit Rücksicht auf die zu erledigende wichtige Tagesordnung war der Eintritt nur gegen Vorlegung des Mitgliedsbuches gestattet. Der Besuch war trotzdem ein überraschend guter. Zunächst referierte der Bevollmächtigte über den bestehenden Tarifvertrag im Weitergerätharbeiterverband und hob hervor, daß derselbe als die erste hervorragende Errungenschaft seit Anschließung an den Zentralverband zu betrachten ist. Was die Lohn- und Arbeitsverhältnisse betreffe, so seien dieselben durch den Tarif sehr günstig geregelt. Allerdings haben sich auch im Laufe der Zeit einige Mängel bemerkbar gemacht, welche sich namentlich auf die Fahrzeitverteilung, sowie Vergütung für Arbeiten an solchen Orten, wo die Kollegen übernachten müssen, beziehen. Auch könnte die Ueberstundenarbeit anders geregelt werden, jedoch sei deswegen die Kündigung des Tarifs nicht nötig gewesen, wie dies von einer Anzahl Kollegen gewünscht worden sei. Redner fährt verschiedene Gründe an, wonach eine eventuelle Kündigung seitens der Werkstätten sogar als fahrlässig bezeichnet werden müssen. Seitens der Unternehmer habe man eine Firma, W. Windt u. Co., es für nötig gehalten, den Tarif zu kündigen. Falls eine Kündigung mit dieser Firma auf friedlichem Wege nicht erzielt werden sollte, steht dort der Streik zum Frühjahr in fester Aussicht. Mithin der Kollegen sei es, in Zukunft mehr die Solidarität untereinander zu pflegen. Auch dürfe nicht jedes kleinliche Vorurteil als Veranlassung zu persönlichen Streitereien in den Versammlungen dienen. Im übrigen ist Redner der Ansicht, daß sich die im Laufe der Zeit herausgefallenen kleinen Uebelstände durch die im Tarif vorgesehene Schlichtungskommission beseitigen lassen werden.

Die darauf folgende Diskussion belegte sich im Sinne des Referats.

Hierauf gab Kollege Winter den Jahresbericht der Sektionsleitung, welcher zukünftig aufgenommen wurde. Die Neuwahl der Sektionsleitung zettelte folgendes Resultat:

B. Winter, Sektionsleiter, G. Senfel, Beisitzer, und G. Kandler, Schriftführer. In die Schlichtungskommission wurden die Kollegen Gader, W. Wader und B. Senfel gewählt. Alsdann ist auch die Nothwendigkeit der

Verkehrskontrollkommission, welche bereits im vergangenen Jahre bestand und sich sehr gut bewährt hat, zur Sprache gebracht worden. Es wurde beschlossen, eine solche auch für das laufende Jahr zu wählen und dabei zu berücksichtigen, daß die Mitglieder derselben über Berlin und den Vororten gleichmäßig verteilt werden. Es sind zu dieser Kommission vorgeschlagen und gewählt worden die Kollegen Müller, Matthes, Romanst, V. Hensel, Jösch, Möhrig, Kleist, Kanter, Stober und Heintich.

Nachdem nun noch einige geschäftliche Angelegenheiten ihrer Erledigung gefunden hatten, fand Schluß der Versammlung statt.

Strassenbahner.

Augsburg. In einer der letzten Magistratsitzungen spielte wieder einmal eine Tramwayfrage die Hauptrolle. — Bei den Verhandlungen mit der Strassenbahn über Ordnung des regelmäßigen Betriebes auf der Kaiserstraßenlinie sind zwei Punkte offen gelassen worden, nämlich Regelung des faktualischen Anhaltens auf den Linien mit schaffnerlosem Betrieb und Verknüpfung der Kaiserstraßenlinie im Südbus bis zur Werderstraße, um die Fahrgeschwindigkeit zu verringern. Die Strassenbahngesellschaft hat nun, unter dem 25. Januar folgenden Vorschlag gemacht: Es seien auf den Linien mit schaffnerlosem Betrieb in den Wagen Platze anzuordnen, wodurch das Publikum darauf aufmerksam gemacht werde, daß an den Haltestellen nur auf ein von den Passagieren gegebenes Glockenzeichen gehalten werde. Nach Einführung dieses faktualischen Haltens ließe sich auch die Haltestelle am Bräuergraben wieder herstellen. Dagegen spricht sich die Strassenbahn mit dem Hinweis auf den dadurch entstehenden Einnahmeausfall entschieden gegen eine Verknüpfung der Kaiserstraßenlinie aus.

Referent M. Weinmann hat gegen das faktualische Anhalten im Interesse des Publikums und der Betriebssicherheit schwere Bedenken, zumal bei uns der schaffnerlose Betrieb nicht auf allen Strecken eingeführt ist. Dieser Umstand könnte zur Folge haben, daß viele Leute ihre Haltestellen überfahren, dann aber mitten auf der Straße das Glockenzeichen geben oder gar während der Fahrt abspringen, wodurch auch die Betriebssicherheit leidet. Uebrigens ist eine derartige Einrichtung jetzt nicht mehr nötig, da durch Aufstellung einiger Haltestellen der regelmäßige Betrieb nummehr hergestellt ist. Er vertritt durchaus die Meinung, daß der Betrieb auch auf den Linien, auf denen Schaffner nicht Verwendung finden, so geordnet werden muß, daß die Regelmäßigkeit auch dann nicht Schaden leidet, wenn zufällig an allen Haltestellen ein Anhalten eintritt. Um dies zu erzielen, sei eine Verknüpfung der Kaiserstraßenlinie in der Weise notwendig, daß hinsichtlich nicht mehr an der v. d. Zannstraße, sondern an der Werderstraße der Endpunkt liegt. Der von der Strassenbahn angenommene Einnahmeausfall wird seiner Ansicht nach, da es sich nur um eine Kürzung von 60 Meter handelt, nicht eintreten, außerdem hat auch das Stadtbauamt den Antrag gestellt, daß Fahren der Strassenbahn über die Bismarckbrücke zu unterlassen, da selbe trotz der Warnungstafeln mit enormer Schnelligkeit darüber fährt, wodurch Beschädigungen der Brücke entstehen. Referent stellt daher den Antrag: 1) Es sei von der Einführung des faktualischen Haltens abgesehen, es müsse vielmehr an allen Haltestellen angehalten werden. 2) Der südliche Endpunkt der Kaiserstraßenlinie sei an die Werderstraße zu verlegen. Die Haltestelle am Bräuergraben sei wieder einzuführen.

Am diesen Antrag des Referenten knüpfte sich nunmehr eine teilweise sehr charakteristische Diskussion. Als erster Redner berichtet M. Wolfram, daß immer noch sehr viele Passagiere diese Strecke fahren, ohne eine Karte zu lösen, weshalb er zur Behebung dieser Unsitte Vorschläge, das Aus- und Einsteigen beim Wagenführer anzuordnen resp. zu gestatten. M. Weinmann findet diese Anregung sehr empfehlenswert, das Publikum werde sich gewöhnen, daran gewöhnt, außerdem sei dadurch der Wagenführer neben der Kontrolle auch in der Lage, gebrechlichen oder alten Leuten beistehen zu sein. (1) M. Deutschbauer dagegen bemängelt das sehr unpraktische des Wagens, der von der Bismarckbrücke zum Königsplatz fährt, indem hier eben der Wagenführer mit dem Umkleen der Kontant- und Venkange zu sehr aufgehalten sei, woraus herbeigehe, daß die Einführung der Automaten auf dieser Linie einen Rückschritt bedeute! Er sage: weg mit dem schaffnerlosen Betrieb! Dieser sehr zurechtweisenden Äußerung pflichtete die M. W. und Wolfram nicht bei, indem sie sich den Ausführungen der beiden Bürgermeister anschließen, außerdem wundert sich M. W. W. daß M. Weinmann auf die Strassenbahngesellschaft seinen größeren Einfluß betätige. Die M. W. Stempel und Michel sprechen sich wiederum im Sinne Deutschbauer's aus. M. Wolfram meint hierauf, man besinne sich mit dem schaffnerlosen Betrieb ja noch im Versuchsstadium, worauf der Referent das Schlußwort ergreift. Er gibt bekannt, daß er dem Ministerium des Innern bis zum Juni d. J. Berichte über die Bewährung des schaffnerlosen Betriebes einzureichen habe, weshalb er jederzeit Beanstandungen entgegennehme. Daß der 5-Minutenverkehr nicht eingeführt werde, müsse er unter Hinweis auf die große Fahrgeschwindigkeit in der Kaiserstraße entschließen. Das sog. Schwärzgehen resp. dessen Abstellung sei nicht Sache der Stadt, sondern jene der Strassenbahn, welche eben den Verkauf an Fahrgeld ja so schon durch die Weglassung der Schaffner auslasse. Er sei ferner dagegen, daß dem Wagenführer zu seinem verantwortungsvollen Dienst infolge des neuzeitlichen Modus noch mehr Arbeit aufgebürdet werde. Das Gefährde die Betriebssicherheit. — Die beiden Konstant der biedereren Stadt Augsburg können indes diese wohlüberlegten Bedenken nicht lassen, parson, Bürgermeister Wolfram meint sogar, die Ausführung seiner Forderung durch die im Nebenher zu vollziehende Kontrolle dürfe man dem Wagenführer nicht verweigern! M. Wolfram glaubt, daß sich die Praxis von selbst ermogelt. Nun wirft M. Weinmann nochmals ein sehr bemerkenswertes Moment in die Waagschale, indem er betont, daß in anbetragt der großen Verbenaupannung dem Wagenführer das bishigen Aus-

ruhen beim Halten wohl zu gönnen sei, während das selbe andererseits durch die auszuübende Kontrolle unmöglich werde. Die beiden Bürgermeister beantworteten diesen gewichtigen Einwand damit, daß die Strassenbahngesellschaft veranlaßt werden soll, von einer direkten Verpflichtung der Wagenführer befreit, Uebernahme der Kontrolle abzugeben. (1) So lange er fährt, meint M. W. Wolfram, darf der Wagenführer überhaupt nicht belästigt werden. Im übrigen sei es ihm hier nur um einen Versuch zu tun, bei dem das Arbeitspensum des Führers nicht vergrößert werden soll. Nachdem sich hierauf M. Weinmann zufrieden gibt, findet Annahme der beiden Anträge, sowohl des seitigen als auch des M. W. Wolfram, welcher das Vornehmeigen bezweckt, statt.

Den Wagenführern wird immer mehr Arbeit aufgebürdet, paßiert dann ein Unglück, so klagt man die armen Teufel einfach wegen Transportverknüpfung an und sperrt sie dementsprechend ein. Das nennt man in Augsburg magistratliche kommunale Sozialpolitik. Wie indes, wenn die Herren Bürgermeister selber nach 14 Tage lang Wagenführer bei der Strassenbahn spielen, sie würden dann gewiß anderer Meinung werden.

Transportarbeiter.

Chemnitz. Alle Kollegen von Chemnitz werden hierdurch auf das verbandswidrige Treiben des Bodenarbeiters beim Spektakelverein, Hermann Lange, aufmerksam gemacht. Zum Verständnis kurz folgendes:

Durch den Tod seiner Frau kam Lange mit seinen Stiefkindern in Erbschaftsdifferenzen, in deren Verlauf es zu beiderseitigen gerichtlichen Klagen kam. Hierbei unterlag Lange. Nun bildet sich Lange ein, daß der Verband für ihn, weil er längere Zeit Mitglied war, einen Teil Kosten bezahlen muß. Um aus schwieriger Lage zu kommen, ließ er sich vom Kollegen Preusche ein privates Darlehen geben, daß er als vom Verband erhalten betrachten wollte. Nun ärgert sich Lange, daß er dem Kollegen Preusche dieses Darlehen zurückzahlen mußte. Er wendet alle Mittel an, um seinen Verband in jeder Hinsicht zu schädigen. Jedem erzählt er diese Vorgänge in wahrheitswidriger Weise und bereitet die Mitglieder zum Austritt aus unserem Verband. Lange hat seinen Austritt in unserer letzten Generalversammlung erklärt. Ebenso hat bereits ein anderes Mitglied seinen Worten Glauben geschenkt und ist auf Grund dessen ausgetreten. Lange bildet sich in seinem Halse auch zum Denunzianten aus. Wegen einer Lappalie, die er durch rein familiäre Verhältnisse kennen gelernt, denunzierte er seinen Stiefsohn bei dessen Arbeitgeber, so daß dieser seine Arbeit verlor. Indem wir auf das gemeingefährliche und unseren Verband schädigende Gebahren Langes aufmerksam machen, warnen wir hiermit alle Kollegen vor dem ehemaligen Mitgliede Lange.

J. A. Paul Hedert,
Bevollmächtigter.

Mißstände im Sauerer Fuhrwerksbetrieb. An die gute alte Zeit wird man tagtäglich von den Unternehmern erinnert. Am Stammtisch erzählen sie sich beim Schoppen, wie schön die patriarchalischen Verhältnisse früher waren, wo der Arbeiter noch zur Familie gehörte, wo der Knecht und der Herr noch an einem Tische gesessen haben (natürlich an demselben Tische, nur ohne den Herrn), wo das Dienstpersonal mit seinem Brotgeber noch unter einem Dache wohnte. Der Herr hat natürlich im ersten Stod und das „Gefinde“ unter dem Dach geschlafen. Heute ist das alles ganz anders; da wollen die Arbeiter dieses schöne Familienleben gar nicht mehr. O, diese dummen Arbeiter! Ja, nicht nur dumm, sondern auch noch frech sind sie gegen ihren Brotgeber. Uns Geliebter geht es hier und da an, wo sie sich so sehr beklagen, wenn er es wagt, ihnen Lohn und Trinkgelber vorzutragen, wie es für den Herrn Pferdehändler Naal hier passiert ist. In seinem Betrieb scheinen ihm die Fährnisse zu herrschen. 10 M. Lohn für die lebendige Woche, und davon müssen sich die Leute das Nachsteffen noch selbst stellen, und wenn sie die dreimal verderten, schlicht geborenen Speisen nicht verzehren wollen, dann sind sie natürlich „begeistert“. Auch die „ranjige“ Mutter oder Marquarie auf dem Frühstückstisch ist diesen verdorbenen Menschen nicht mehr recht. Damit sie das viele Geld nicht verlaufen können, wird die Arbeitszeit nicht so knapp bemessen. Von früh morgens 5 bis abends 8 Uhr so 14 bis 15 Stunden arbeiten, das macht müde, da vergessen die Knechte auch nicht, ihre schönen Schlafstellen anzuschauen; dieselben befinden sich bei Herrn Naal natürlich im Stall, in einem Bretterverschlag. Das Möbement ist im Vollstadium gehalten. In zwei Bettstellen müssen meistens drei, oft auch vier Personen, außer den massenhaften Viehführer, die natürlich ständige Insassen sind, kampieren. Das kleine Herr Naal zur Hebung der Stillsitzerei so eingerichtet zu haben. Luft und Licht kommen, damit man nachts nicht aus der Gekochtheit kommt, aus dem Stall, denn die vorhandenen Fenster lassen sich nur nach dem Stall zu öffnen, in dem meistens 25 bis 30 Pferde stehen. Die ganz in der Nähe befindliche Düngrube sorgt für Abwechslung im Arma. Geordnet wird dieser „Salon“ nicht, außer die Stallführer kehren selbst einmal aus. Damit die Viehführer vom vielen Waschen nicht kaputt geht, wird dieselbe höchstens alle drei bis vier Monate einmal gewechselt. Als Schreiber dieses dort beschloß, war, hatten wir gerade einen mit einer Hautkrankheit befallenen Stallführer. Sehr gesund und aufkommen zu schafen! Die Wohnrichtung ist natürlich mangelhaft. Da es bei Strafe der Entlassung verboten ist, sich aus den Tränkeimern zu waschen, müssen die Stallführer sich mit den „Wischeimern“ begnügen. Aus diesen Eimern werden den Pfosten die Hähnen bei Druse (rogartige Krankheit), sowie die Hühner gereinigt. Da sage einer noch, es gebe bei Herrn Naal nicht sauberer! Um diese idyllischen Zustände abzuschaffen, gibt es nur ein Mittel und das heißt: Fuhrleute, Kutscher, Stallführer, überhaupt alle Transportarbeiter, organisiert Euch! Schließt Euch unserem Verband der Handels-, Transport- und Verkehrs-

arbeiter an! Haltet mit, dann wird das Koff- und Kogiswesen bald beseitigt sein. Anmeldungen werden jederzeit entgegengenommen im Saalbau, Wäslgasse 2.

S. München. Eine ernste Mahnung an die hiesigen Kollegen. In der letzten Versammlung waren von 40 Mitgliedern genau 14 erschienen, es ist dies im Interesse der Organisation und der Kollegen selbst recht bedauerlich. Wir denken, daß es im kommenden Frühjahr endlich so weit sein würde, daß wir an eine Verbesserung unserer Lohnverhältnisse denken könnten. Der hiesige Ort ist bekanntlich als Umschlagplatz geplant und da dürfte es in unserem Beruf viel Arbeit geben, die Zeit zu einer Lohnbewegung also gegeben sein. Die Sache muß in der nächsten Zeit eingehend besprochen werden und ist es daher notwendig, daß die Kollegen einmütig in den nächsten Versammlungen erscheinen. Es gilt die Organisation zu stärken, dies umfomehr, als sich die Unternehmer hier benehmen, als wären sie die alleinigen Herren im Hause. Es ist wohl allen Kollegen noch erinnerlich, daß der Senator W. seinerzeit den Ausspruch tat, wer in seinem Betriebe 10 Jahre gearbeitet habe und noch nicht kaputt sei, der sei faul gewesen. Und wie die Alten jungen, so zitierten auch die Jungen. Herr W. jun. sagte kürzlich zu einem 50 Jahre alten Kutscher: „Ich habe Ihnen ein paar um die Ohren.“ Es gilt den Herren klar zu machen, daß wir nicht mehr in der Zeit der Sklaverei, wo die Herren ihre Untertanen nach Guldinen schlagen durften. Darum, Kollegen, hinhin in den Verband, wir wollen als Menschen leben und auch behandelt sein.

Heidelberg. Ein geradezu ideales Arbeitsverhältnis in ostelblich-junkerlicher Sinne herrscht bei der großherzoglich. badischen Güterbesitzerin und Spektationsfirma Gent u. Niederhoffer hier. Besagte Firma hat von der Stadtgemeinde Heidelberg die Befugnis von einigen hundert Eisenbahnwagen Straßenfahrern übernommen, welche im hiesigen Stadtbau zur Verschärfung angeführt werden müssen. Anstatt nun für derartige Ausnahmestellen einige drocklose Arbeiter einzustellen, hegen diese Herren täglich ihre Fuhrleute, welche tagtäglich zwischen Pfaffen fahren, morgens um 2 Uhr ins Geschäft, wo diese dann mit sechs Pferden in den Stadtbau fahren müssen. Haben sie diese Arbeit gemacht und kommen vom Walde zurück, dann geht es im schnellsten Tempo an die Stadtkommissionen bis — abends 9 Uhr. Wer nun aber glauben sollte, die Leute bekämen für ihre täglichen Überstunden — oder besser Nacharbeit — eine anständige Bezahlung, der ist gewaltig im Irrtum. Die Firma rechnet nämlich so: Von 2-3 Uhr ist Stallzeit, von 3-5 Uhr sind 2 Ueberstunden a 30 Pf., gleich 60 Pf. — mit Worten gesagt: 60 Pfennig für die Zeit von 2-6 Uhr nach unserer Zeitrechnung 4 Stunden). Wer sich erlauben sollte, von den Herren mehr zu fordern, der fliegt natürlich hinaus, was im Winter für einen armen Familienvater doppelt unangenehm ist. Sollten den Herren Sent und Niederhoffer diese Zeiten eine Anregung zu Verbesserungen geben, so werden sie sich den Dank ihrer armen, ausgebeuteten Fuhrleute jedenfalls sichern. Sollte das aber nicht der Fall sein, so werden wir uns eben nochmals etwas gründlicher mit der Sache befassen müssen. Den Fuhrleuten aber rufen wir die Mahnung zu: Organisiert Euch!

Kreuznach. Trotzdem am hiesigen Orte die Arbeitsverhältnisse wirklich keine rosen sind, halten es doch die meisten Kollegen noch immer nicht für notwendig, sich der Organisation anzuschließen. Bei einer 16-17 stündigen täglichen Arbeitszeit betragen die Löhne 15 Mark die Woche im Durchschnitt. Die Behandlung ist noch immer eine solche wie zu Urkaiserzeiten, das heißt die Unternehmer glauben noch immer, sie hätten es nur mit Knechten zu tun und brauchen diese nicht mit Sammelhandschuhen anzufassen. Das muß anders werden. Mit Hilfe der Organisation müssen die Kollegen bestrebt sein, ihren Arbeitgebern mehr Respekt beizubringen. In erster Linie ist also notwendig, daß alle Berufs Kollegen sich unserem Verband anschließen. Es nützt wirklich nichts, daß die Kollegen eine Faut in der Tasche machen und in den Wirtschaften über die Fuhrherren schimpfen, dadurch wird an den miserablen Arbeitsbedingungen kein Deut geändert. Es heißt, selber Hand ans Werk! und durch Zusammenschluß eine starke Macht bilden. Deswegen, Kollegen, wer von Euch sich nicht sein Verlaß lang die Haut über die Ohren ziehen lassen will, der werde Mitglied des Verbandes und Sorge dafür, daß dieser gestärkt werde.

München. Ein empfehlenswerter Stallmeister. Die Kutscher der Zentralmolkerei München, Inhaber L. Henle, leiden seit langem unter den Schikanen des Stallmeisters, welcher es vorzieht, die Leuten stets am Zeug zu fassen und sich dafür ins beste Licht zu stellen. Merkwürdig ist nur, daß der Herr Stallmeister seine Macht ausüben kann, als „oller ehrlicher Mann“, obwohl ihm des öfteren schon seitens der Kutscher Vorgehen gegen § 242 des R.-St.-G.-B. im Dienst vorgehalten wurden.

Noch merkwürdiger aber ist, daß trotz des Umstandes, daß die Firma bezw. der Firmeninhaber volle Kenntnis von diesen Taten und Treiben ihres Stallmeisters hat, derselbe nach wie vor als direkter Vorgesetzter belassen, ja seine Befugnisse noch erweitert, sein Vorgehen noch trivialer wird.

Bei den Kutschern gilt Dredie partieren oder fliegen. — Bei diesem Vorgehen geht alles — warum? — Man munkelt allerdings, ja der weiß viel. Den kann man nichts anhaben, sollte schließlich bei der Firma etwas nicht in Ordnung sein? — Wir glauben nicht! — Aber merkwürdig, sehr sonderbar bleibt es immer. Aufklärung ist not.

München. Unsere Kollegen leben hier dahin, als hänge ihnen der Himmel voller Geigen. Von den hier beschäftigten 80-90 Kutschern sind ganze 10 organisiert, alle übrigen kümmern sich den Teufel um den Verband. Die Arbeitsverhältnisse sind aber durchaus nicht so glänzend, daß die Kollegen die Organisation nicht notwendig hätten. Der Wochenlohn schwankt zwischen 18 und 18 M., 19 bis 20 M. sind seltene Ausnahmen. Die Firma Herr B. Beer beschäftigt zwei Kutscher und einen Arbeiter und zahlt 13,

14 und 15 Mt. Lohn, dabei dauert die Arbeitszeit von früh 5 Uhr bis abends 9, auch 10 Uhr, die höchsten Sonntagsarbeiten, wie Wagenführer, Futterfächler, Elgutsfahren usw. sind ebenfalls in besagte Lohnsumme einbezogen. Dabei läßt die Behandlung obendrein viel zu wünschen übrig, eine der mildesten Sklavaturen ist Schafschäfer. Fast möchten wir annehmen, der Unternehmer hätte mit seinen Verrechnungen nicht ganz unrecht, ist doch keiner der betreffenden Kollegen organisiert.

Die Firma A. Krappe beschäftigt 3 Kutscher und 2 Arbeiter bei 15, 16 und 17 Mt. Wochenlohn. Hier ist ein Arbeiter, der schon dreimal Wien gesagt hatte und doch immer wieder gekommen ist, welcher es verliert, die Kollegen zu zurechteln. G. Neisland beschäftigt 10 Kutscher und 3 Arbeiter, zahlt Löhne von 15—18 Mt. bei übermäßig langer Arbeitszeit, aber den Beitrag für die Organisation haben doch nur 2 Kollegen übrig. Woran liegt nun die ganze Mißere? Reiblich an der Gleichgültigkeit und Abgeschlagenheit der Kollegen. Sie leben dahin wie das liebe Vieh und kümmern sich nicht darum, was in der Welt vorgeht. So behaupten sie denn ins Blaue hinein, das Organisieren helfe ja doch nichts. Und dabei ergreift die Gewerkschaftsbewegung überall Erfolg, daß auch sie dies endlich merken müßten. Kollegen! Werst doch einen einzigen Witz in die Gewerkschafts- und in die Arbeiterpresse und Ihr werdet Euch selber überzeugen müssen, daß die Organisation die Lebensfrage der Ihr angehörigen fort und fort verbessert. Freilich für die außerhalb der Organisation stehenden holt sie die Kasernen nicht aus dem Feuer. Also hinein in den Verband, wenn Euch bessere Zeiten blühen sollen. Oder wollt Ihr ewig rechtlose Knechte und abgegebundene Arbeitslöhne bleiben?

Saalfeld i. Th. Die Schachmacherei scheint jetzt auch in unsern idyllischen Städtchen ihren Einzug halten zu wollen. Unter hiesiger Kaffee- und Kasse-Müller, hat bei der Expeditionsfirma Freyhold, Inh. Freyhaut, ein halbes Menschenleben lang gearbeitet. Für den ersten Jahrgang hat Müller seine Knochen 10 Jahre lang zu Markte gebracht und beim zweiten dann 11 Jahre. Im Jahre 1902 wurde Müller von seinem dankbaren Chef schon einmal entlassen. Ursache: Müller und Organisation. Dann wurde Müller wieder geholt, aus Gnade, sagte der Unternehmer, in Wirklichkeit, weil sich kein brauchbarer Ersatz für ihn fand. Kurzlich nun, 3 Wochen vor dem Fest der Liebe, vor Weihnachten, wurde Müller wieder entlassen, weil er ein Knecht ist und seine Kollegen zur Organisation aufreize. Und zum Dutzend dafür, daß seine Knochen im Dienste der Unternehmung müßig und müde geworden sind, soll er jetzt in ganz Saalfeld seine Arbeit mehr erhalten. So behandelt man einen Arbeiter, dessen Lebensmarkt und Lebenszeit ausgepreßt ist wie der einer Zitrone, beide wirft man einfach weg. Das kennzeichnet die Gesinnung der Führer und ihren Moralssieger besser, als hundert Eger in tausend Versammlungen es vermöchten. Was nimmt man an einem Arbeiter, der wider nichts verbrochen, als daß er von seinem ihm gesetzlich gewährleisteten Koalitionsrechte Gebrauch gemacht, daß er sich als Mensch gefühlt und geglaubt hat, er dürfe seine Kollegen darauf aufmerksam machen, daß auch sie Menschenrechte hätten. Die kleine Gewerkschaft von Führern möchten gerne ihre Macht zeigen, die Kutscher sollten daraus erkennen, wie sehr sie die Rechte der Arbeitergelehrten zu fürchten haben. Die Kutscher sollten sehen, daß niemand ungefragt dem Herrenrecht einen Fingel anlegen darf, daß das gesetzlich garantierte Koalitionsrecht von den Arbeitern bei Strafe der Brotentziehung nicht benutzt werden darf. Die Unternehmer möchten zu gerne ein kleines Nubstund und die Schredensherstellung eines Jaren etablieren, diesem kleinen Vorliebe haben sie aber nur abgedrückt, wie er sich räuspert und wie er jault. In groß ist ja der Führerliche Ohnmacht und zu lächerlich ihre Unmöglichkeit. Die Organisation soll durch Maßnahmen und Ausprägungen, daß haben ja schon gescheitert und stärkere Unternehmung verlangt, mit dem jedesmaligen Ergebnis, daß sich die Herren dabei immer die eigenen Finger gründlich verbrannt haben. Unter Müller verhungert nicht, wenn er bei den Saalfelder Fuhrwerksfirmen seine Arbeit mehr bekommt, jetzt hat er aber erst recht Zeit, für die Organisation zu wirken, damit diese in absehbarer Zeit ins Lande ist, den Saalfelder Fuhrwerkern ihre Großmannstucht und alberne Schachmacherei auszutreiben.

Das erste Opfer der amtlichen Verrechnungen über die Arbeitsverhältnisse im Fuhrwerksbetriebe ist der Kollege G. Ebert in Stuttgart geworden. Der Großspekulant Paul v. Maur — Adel verpflichtet zur Schachmacherei — ist es, welcher in unerhörter Provokation unserer Organisation den Freyholdschuß hinwarf. Um seine unerhörte Maßregel zu beschönigen, hat Paul v. Maur das Unmännliche erzählt, die Führerlichen Stützgarth hätten des Delegierten zum Reichstagswahlamt Entlassung verlangt. Wann, fragen wir, hat denn der Großspekulant Paul v. Maur die anderen Führer, die er rücksichtslos niederkniet, schon einmal in die Verhältnisse seines Betriebes hineingebracht, wann hätte er den kleinen Führerlichen Wänsche — und welchen sie auch berechtigter Natur gewesen — schon einmal berücksichtigt? Das ist Herr v. Maur nie eingefallen. Die Scham vor der eigenen unverantwortlichen Tat allein ist es, die Herrn Paul v. Maur diese oberfaule Ausrede in den Mund gelegt hat. Wie wenig Herr v. Maur der Wahrheit die Ehre gegeben, beweist schon, daß er die übrigen Führerlichen Stützgarth in einer Versammlung scham machen wollte, keinen der von ihm Gemäßigten einzustellen. Wenn die anderen Führerlichen dieses Ansehen des Wolfes im Schafpelz zurückweisen, dann ist Herr v. Maur wahrhaftig an diesem Beschluß unschuldig gewesen. Und wie sehr Herr v. Maur das böse Gewissen im eigenen Felsen schlägt, das beweist förmlich die Tatsache, daß er am Maßregelungstage einem Teil der älteren Leute eine Wart-Vohnungstage versprochen. Diese Wart war als Nährmittel als Verdienstlohn für diejenigen gedacht, die sich mit den Gemäßigten nicht solidarisch erklärten. Mit G. Ebert sind der Form halber noch vier Mann entlassen worden. Unter den fünf Gemäßigten befinden sich drei Leute, die über sechs Jahre im Betriebe tätig

waren, also doch zur Zufriedenheit des Unternehmers gearbeitet haben müssen.

Gentlemen! Ist nichts heiliger und unantastbarer als das gegebene Ehrenwort. Herr v. Maur hat beim letzten Streik sein Ehrenwort gegeben, daß er niemand maßregeln wird, und jetzt, jetzt hat er sein Ehrenwort wohl nur vergessen, denn ein Edelmann, der sein gegebenes Ehrenwort bricht, der muß sich selbst eine Kugel in den Schädel jagen. Oder vielleicht will Herr v. Maur trotz seines „von“ gar kein Edelmann sein?

Herr von Maur provoziert lediglich, um die ihm so verhasste Organisation seiner Arbeiter zu vernichten. Ein Schlag gegen alle Sozialreform und ein Schlag gegen das Koalitionsrecht soll die Maßregelung sein. In dem Bestreben, die Organisation zu vernichten, das eigene, unumkehrbare Herrenrecht zu wahren, sollen die kleinen Führer, deren Existenz von Maur seit jeher in wüstenber Konkurrenz zu vernichten, wirtschaftlich niedezugingen beabsichtigt ist, ihm, dem Almächtigen, jetzt Herrenschmeibdienste leisten. Wir glauben kaum, daß die kleinen Führerchen bittum genug sind, sich das Kaffeemesser selber an die Kehle zu halten. Hat von Maur erst die Organisation der Fuhrleute unterdrückt, dann ist die Bahn für Lohnherabsetzungen in schrankenloser Weise frei geworden, dann vermag er die Preise erst recht zu drücken, und dann wird sein kleiner Fuhrherr mehr im Stande sein, die mörderische Konkurrenz seines „Kollegen“ von Maur auszuhalten. Erst die Fuhrleute, dann die Fuhrherren, das ist die Parole dieses Großkapitalisten, aber aus Wessers kommen beide.

Der Oberste der Stützgarther Schachmacher soll erfahren, daß sich unser Verband doch nicht alles bieten läßt, er soll erfahren, daß allzu scharf immer scharf macht, er will den Tanz haben, er hat diesen in unerhörter Weise provoziert, gut, wir spielen auf, aber mit Hörnerklängen, daß ihm ein zweites mal das Tanzen scharf vergeht.

Öffentliche und Mitglieder-Versammlungen.

Nachen. Die letzte Generalversammlung wählte in die Ortsverwaltung die Kollegen: J. Mertens, Bevollm.; F. Schmarz, 2. Bevollm.; G. Rodenburg, Kassierer; F. Schwelmsberg, Schriftführer; J. Wandersleben, Revisor. Unsere Mitgliederversammlungen finden jeden 1. und 3. Sonntag im Monat im Restaurant St. Martin, Alexanderstr. 6, statt. Ausverteilung und Auszahlung von Unterlieferungen jeden Abend von 7—8 Uhr im Restaurant Deben, Alexanderstraße.

Altenburg. Am 14. Januar fand unsere Verbandsversammlung im Versammlungsortal Tivoli statt. Anwesend waren 64 Kollegen, sowie der Gauvorsitzende Richter und sämtliche Verbandsmitglieder. Der Vorsitzende Mengel eröffnete die Versammlung um 9 Uhr. Das Protokoll wurde verlesen und für richtig befunden; dann erstattete der Vorsitzende den Rechenschaftsbericht. Er führte den Kollegen vor Augen, was wir im vergangenen Jahre für Summen an Krante, für Arbeitslosen, Erbende und sonstige Unterlieferungen bezahlt haben. Zum Punkt „Verbandschaft“ erhielt der Gauvorsitzende das Wort. Derselbe führte in längerer Rede aus, daß die persönlichen Sachen zwischen Mengel und Wegand ganz unzulässig sind und empfiehlt schließlich Mengel als 1. und Wegand als 2. Vorsitzenden zu wählen. Das geschah. Als 1. Kassierer wurde Kollege Köster, als 2. Kassierer Kollege Lent gewählt. Als Schriftführer fungiert Döring. Als Revisoren wurden die Kollegen Dührer, Jähning und Knäper gewählt. Aufschlußmitglieder sind die Kollegen Franz Jole, August Jole, Ernst Widme und Edwin Kaufmann. Es wurden dann noch für das langjährige Mitgled. Kollegen Edwin Böble, der schon lange krank ist, 15 Mt. aus der Ortskasse bewilligt, desgleichen 50 Mt. für die ausständigen Vergarbeiter im Ruhrrevier. Nach verschiedenen Auseinandersetzungen trat Schluß der Versammlung ein.

Dresden. Am 31. Januar fand im Restaurant „Zur Börse“ und am 1. Februar in den „Goronsafalen“ eine Generalversammlung aller im Handels-, Transport- und Verkehrsgewerbe beschäftigten Personen statt. Die Tagesordnung lautete in beiden Versammlungen: „Unser Verband im Jahre 1903 und 1904“. Der Gauleiter wies, indem er einleitend den Vergarbeitsstreik streifte, nach, daß für unsern Verband die letzten zwei Jahre zwar Kampfsjahre, aber auch die günstigsten waren. Leider gibt es noch viele Kollegen, die den Verband erst auffuchen, wenn sie bedrängt sind, dann, wenn derselbe sich ins Mittel gelegt hat, geht es den alten Schindler weiter und der Verband ist ihnen nur noch ein Traumblid. Daß die Kollegen in Dresden nur unter sehr traurigen Verhältnissen leben, ist eine nicht aus der Welt zu schaffenbe Tatsache, denn ein erst der Schule Entwachsen, sobald er in einer Fabrik arbeitet, stellt sich in Punkt Stundenlohn auf dieselbe Stufe mit unseren Kollegen, namentlich den Kutschern. Kleinere Städte, wie Freiberg, Grottmittschau usw. sind bei weitem dem Dresden voran, Sonntagsarbeit, Arbeitszeit und Lohn sind so ungerneigt, daß wir uns tatsächlich schämen müssen. Auch Leipzig kann uns als ein glänzendes Beispiel gelten, indem die dortige Verwaltungsräte bei gleicher Einwohnerzahl wie Dresden einen dreifachen Mitgliederbestand aufzuweisen hat als wir. Da die Unternehmer freiwillig nichts geben und nur warten, bis sich unsere Kollegen aufstellen und an sie herantreten, so ist es Pflicht eines jeden Kollegen, seiner Organisation beizutreten. Herr Vollenfänger geht in seiner Arbeiterfreundlichkeit soweit, daß er seinen Leuten, weil sie sich nicht, wie im Sommer, so lange auf der Straße herumzuwandern brauchen, 2 Mt. vom Lohn abzieht. Desgleichen ist es in Dresden usw., daß verschiedene Herren ihre Kutscher ausgeben lassen, ohne die Zeit zu bezahlen. Sollen derartige Mißstände beseitigt werden, so gibt es nur ein Mittel: Einmütig in den Verband.

In der Debatte wurde von einem Kollegen gerügt, daß Markthelfer-Versammlungen zu wenig bekannt gemacht würden. Dies wurde dem Vorlesenden energisch zurückgewiesen, indem er betonte, daß ein jeder Kollege die Arbeiter-Zeitung untersuchen und lesen solle, dann wird er auch stets informiert sein.

Nach einem kräftigen Schlussworte, in welchem aufgefördert wurde, in den Verband einzutreten, erfolgte Schluß der Versammlung. Mehrere Kollegen traten dem Verbande bei.

Frankenthal. Der Besuch der Generalversammlung war ein guter. Der Tätigkeitsbericht ließ erkennen, daß die Mitgliederversammlungen etwas besser besucht sein dürften. Der Kassierbericht darf als ein günstiger bezeichnet werden. In den Vorstand wurden folgende Kollegen gewählt: Joh. Müller erster, Viktor Schwarz zweiter Vorsitzender; Jean Wolf, Kassierer; Franz Köhmer, Schriftführer; als Revisoren Martin Müller, Philipp Bogt, Philipp Mager; Stützgarther Anton Weiß und Kartelldelegierter Ludwig Würzburger. Unter Verschiedenem wurden innere Angelegenheiten erledigt. Am Schluß der Versammlung wurden für die ausständigen Mitglieder im Ruhrrevier aus unserer Ortskasse 10 Mt. bewilligt. Ferner soll noch für unsere im Kampfe um ihre Menschenrechte sich befindlichen Arbeitsbrüder eine Sammelliste zirkulieren. Der Beitrag soll sobald wie möglich abgeschickt werden. Mit der Aufzählung, im neuen Jahre mit dem Vorlesenden fleißig zu arbeiten, wurde die Versammlung geschlossen. Das Protokoll bleibt bei Philipp Wargand, Weißgasse 83.

Kempten. General-Versammlung am 8. Januar. Dem Tätigkeitsbericht des Vorlesenden war zu entnehmen, daß trotz reger und fleißiger Agitation leider noch nicht sehr große Erfolge erzielt worden sind. Am besten hat noch die Agitation unter den Käsarbeitern im zweiten Halbjahre gewirkt. Durch letztere wurden recht eifrige Anhänger unserer Sache gewonnen. Der Kassierer gab die Quartalsabrechnung und wurde ihm Bedanke erteilt. Die verstorbenen Mitglieder wurden hierauf in üblicher Weise geehrt. In die Ortsverwaltung wurden gewählt: Kollege Imhofer als Bevollmächtigter, Kollege Stropp als Kassierer, Kollege Herd als Schriftführer. Als Revisoren fungieren die Kollegen Lebhardt und Lieb. Als Kartelldelegierte wurden Lebhardt und Herd ernannt.

Miet. Ueber die gemeinsame Versammlung der Hafenarbeiter und unserer Mitglieder hat der Schriftführer berichtet, daß Kollege Himpel als Referent gesagt hätte, in England bestünde bereits eine einheitliche Organisation aller Handels- und Transportarbeiter einschließlich der Hafenarbeiter etc. Der Schriftführer hat sich dabei augenscheinlich geirrt, denn wie Kollege Himpel uns mitteilt, ist es ihm garnicht eingefallen, eine derartige Behauptung aufzustellen.

Lübeck. In der im verfloffenen Monat abgehaltenen Generalversammlung gab zunächst der erste Vorsitzende einen Rückblick auf das verfloffene Geschäftsjahr. Derselbe wies zunächst darauf hin, daß unsere Zahlstelle für den oberflächlichen Beobachter zwar keine Fortschritte gemacht habe. Wer sich aber eingehend mit der Entwicklung der selben im Jahre 1904 beschäftigte, der komme auf Grund des Umfanges, daß die Zahl der verlaufenen Beiträge, markten einen verhältnismäßig guten Aufschwung genommen habe, sowie nach einem eingehenden Studium unserer Mitgliederliste zu dem Resultat, daß wir infolgedessen einen Fortschritt zu verzeichnen hätten, als der feste Mitgliederstamm sich vermehrt hätte. Und das sei ein immerhin recht erfreuliches Resultat. Erfreulich infolgedessen, als unsere Zahlstelle bisher mehr oder weniger einem Taubenschlag geglichen hätte. In Versammlungen seien im Vorjahre 12 Mitglieder und 2 öffentliche abgehalten worden; Vorstandsbesprechungen hätten 11 stattgefunden. Der Gauvorsitz sei zwölfmal zusammengetreten. Als ein Erfolg unserer Agitation sei es zu bezeichnen, daß der Güterverkehr ab 1. Januar 1904 auf 7 Uhr (anstatt bisher 8 Uhr) abends festgelegt worden sei. Redner schloß seine Ausführungen mit der Mahnung, im laufenden Jahre dahin zu trachten, daß neben der Erhöhung der Zahl der festen Mitglieder auch ein weiteres Anwachsen unserer Mitgliederzahl zu verzeichnen sei. Die Vorstandswahlen gaben folgendes Resultat: Stellung, 1. Vorsitzender; Will, 2. Vorsitzender; Köster, Kassierer; Spehmann, Schriftführer; Witz, Jürgens und H. Grube, Revisoren; Daborn, Becker I und Schint, Revisoren; Dumann und Becker II, Kartelldelegierte; Köster und Wittern, Delegierte zur Sitzung der Gewerkschaftsvorstände; Becker II und Dumann, Wahllokalbetreuer; Wittern, Oltzage und Krüggans, Hilfskassierer; Schint, Spehmann, Schmidt und Dumann, Gauvorsitzende. Nach Erledigung einiger innerer Angelegenheiten erfolgte Schluß der Versammlung.

Merseburg. Am Sonntag, den 8. Januar 1905, fand unsere Generalversammlung statt, in welcher ein Kollege aus Halle a. S. mit anwesend war. Nachdem derselbe auf die Entwicklung unserer Organisation im Regierungsbereich Merseburg hingewiesen, machte er darauf aufmerksam, welche große Arbeit unserer Berufs-Kollegen auch in diesem Bezirk uns noch fern stehen und es bedarf, daß die Merseburger Kollegen dazu beitragen, recht kräftig für unseren Verband zu agitieren. Es dürfte uns, wie und sei es in dem kleinsten Ort, kein Kollege fernhalten. Hierauf gab der Kollege Friedrich den Bericht der Ortsverwaltung und Kollege Gausch den Kassierbericht.

Punkt 2, Wahl der Ortsverwaltung. In diese wurden folgende Kollegen gewählt: Als 1. Bevollmächtigter Karl Friedrich, 2. Bevollmächtigter Albert Gausch, Kassierer, Schriftführer Günther und als Revisoren sind die Kollegen Hoffmann, Röhn und Alie, als Kartelldelegierter Gröber, als Erfahrungsmann Wälder gewählt.

Nach einem kräftigen Schlussworte, auch im neuen Jahr kräftig für die Organisation zu arbeiten, wurde die Versammlung geschlossen.

Nürnberg. In der am 29. Januar stattgefundenen statt besuchten Mitglieder-Versammlung wurden zunächst für die freitenden Vergarbeiter als erste Rate 25 Mt. bewilligt. Ferner gibt Kollege Friedrich bekannt, daß die Bewegung unter den hiesigen Kohlenarbeitern zugunsten dieser ausgefallen ist.

Eine umfangreiche Diskussion gestaltete sich über die Ausdehnung der nächsten Generalversammlung in Nr. 2 des „Couriers“. Von sämtlichen Rednern wurde ausgeführt, daß es eine geradezu unhaltbare Taktik ist, die gestrichelten Beschlüsse so zu umgehen; in erster Linie schon bezüglich

des Ortes, weil doch bekanntlich in Mainz die Versammlung stattfinden sollte. Mit dem Anfang dieser hat es jedoch noch schlimmere Bedenken. Ein halbwegs intelligenter Gewerkschafter muß doch zugeben, daß die geeignete Zeit für die Generalversammlungen Ostern oder Pfingsten ist, und bekanntlich werden ja diese Tage bereits von den meisten Gewerkschaften hierzu ausgenutzt. Die Versammlung ist der Anschauung, daß dies auch in unserm Verband möglich gewesen wäre, aber das Ungeheuerlichste ist, daß man mitten in der Woche mit den Verhandlungen beginnt, um es jedenfalls einem Nichtbeamten unmöglich zu machen, als Delegierter an den Verhandlungen teilzunehmen, wenn ein Mann — der übrigens auf der letzten Generalversammlung schon etwas durchsickerte — durchzugehen ist. (Zurufe: „Das riecht ganz nach bairischer Reichsratskammer.“) Die verschiedenen Redner äußern sich dahin, daß selbstverständlich die Verbandsangestellten vertreten sein müssen, auf keinen Fall aber die zahlenden Mitglieder das Maul halten sollen. Es ist dringend nötig, daß der Zentralverband hier etwas umstellt, um einer Entfremdung im höchsten Maße aus dem Wege zu gehen.

Es könnte sehr viel an Zeit gespart werden, wenn nicht allzuoft die persönlichen Auseinandersetzungen bis auf Neusterle — siehe Fall Eckhardt — getrieben werden. Folgende Resolution wurde mit großem Beifall einstimmig angenommen:

Resolution.

„Die heutige Mitgliederversammlung nimmt mit Bedauern Kenntnis von der Einberufung der 4. Generalversammlung durch den Zentralvorstand.

„Sie ist der Überzeugung, daß die hierfür bestimmte Zeit die denkbar ungeeignete ist und eine Verschiebung der Generalversammlung durch Nichtangestellte des Verbandes total unmöglich wird.

„Eine Generalversammlung jedoch, nur besteht von Verbands-Beamten, muß zu einem ungünstigen Verhältnis führen, denn die Interessen der Mitglieder können von Angestellten des Verbandes nicht immer sachgemäß dem Vorstand gegenüber vertreten werden und Beschlässe einer derartig zusammengesetzten Generalversammlung fallen meist ungünstig für die Kollegen aus. Auf Grund dieser Anschauungen beschließt die heutige Versammlung, die übrigen Zahlstellen Deutschlands durch das Verbandsgremium aufzufordern, zur Frage der Einberufung von General-Versammlungen unverzüglich Stellung zu nehmen und Delegierte in Vorschlag zu bringen, die gewählt sind, dafür einzutreten, daß Verbands-Generalversammlungen nur in einer Zeit abgehalten werden, wo jeder fähige Berufskollege mitwirken kann, der nicht gerade Beamter ist.

„Als geeignete Zeit zur Abhaltung der Generalversammlungen ist ungewisselhaft Ostern oder Pfingsten zu nennen. Ein oder zwei Tage zu diesen Festen noch hinauszuschieben, sind viele Kollegen in der Lage, und die Verbandsangestellten können den Ausfall dieser Feste für sie ganz gut durch den ihnen gewährten jährlichen Urlaub weit machen.“

NB. Diese große Aufregung hätten sich die Nürnberger Kollegen sparen können. Auf Seite 240 des Protokolls der letzten Generalversammlung des Verbandes ist zu lesen: „Weiter wird beschlossen, daß die nächste Generalversammlung zwischen Ostern und Pfingsten 1906 an einem Sonntag beginnend in Mainz stattfinden soll.“ Ostern oder Pfingsten, wie die Nürnberger Kollegen dies wünschen, konnte der Zentralvorstand die Generalversammlung nicht berufen, wollte er nicht direkt gegen den Beschluß der Hamburger Generalversammlung handeln. Daß die Generalversammlung nicht an einem Sonntag beginnt, sondern an einem solchen endet, ist aus Zweckmäßigkeitsgründen wegen praktischer Einteilung der getroffenen Arrangements geschehen, und dürfte es wohl für die Resolutionsposition der Delegierten ziemlich gleich bleiben, ob sie am Beginn oder am Schluß der Reise einen Sonntag haben.

Übrigens steht es ja den Nürnberger Kollegen frei, in Frankfurt zu beantragen, daß spätere Generalversammlungen zu der von ihnen gewünschten Zeit stattfinden.

Den vereinten wiederholten Bemühungen des Gauleiters Schacht und des Zentralvorstandes ist es leider nicht gelungen, in Mainz ein für die Generalversammlung brauchbares Lokal aufzutreiben, und deshalb ist die Verlegung erfolgt.

Es wunderte uns nur lebhaft, daß die Nürnberger Kollegen, welche so mit Argusaugen über die Einhaltung der Beschlässe seitens des Zentralvorstandes wachen, selber, soweit Nürnberg selbst in Betracht kommt, in wiederholten Fällen nicht dafür Sorge getragen haben, daß den statutarischen, hinsichtlich der Rahmbewegungen getroffenen Bestimmungen, bezüglich rechtzeitiger Mitteilung an den Zentralvorstand und Befolgung seiner Beschlässe, Rechnung getragen worden wäre.

Stettin. Unsere Generalversammlung tagte am 22. Januar. Zunächst gab der Kassierer die Abrechnung vom 1. Quartal. Hiernach betrug die Einnahme 822,75 Mk., die Ausgabe 453,34 Mk., jedoch ein Kassenbestand von 369,41 Mk. verbleibt.

Den Jahresbericht gab der Kollege Steinmüller; hierauf fanden 16 Sitzungen statt, darunter 2 mit der Organisation der Handlungsgesellschaften, in welchen zu einer gemeinsamen Agitationsversammlung beraten wurde, die gekante gemeinsame Versammlung wurde bis nach der Wahl an den Kaufmannsgerichten verschoben.

Mitgliederversammlungen fanden 12 statt; 2 Versammlungen beschafften sich mit der vom Hauptvorstand vorgelegten Streikliste. Die Einführung derselben wurde dann endgültig abgelehnt, dafür wurde aber beschlossen, ab 1. Januar 06 eine Einzelkarte von 40 Pfennig einzuführen, um mit den am Orte verschiedenen Marken endlich mal aufzuräumen.

Vorträge wurden in 3 Versammlungen gehalten. Öffentliche Versammlungen wurden 13 einberufen; von diesen konnten jedoch nur 4 stattfinden, da in den übrigen nicht genügend Kollegen erschienen waren, trotzdem zu jeder Versammlung genügend Gauzettel zur Verbreitung gekommen waren. Betriebsbesprechungen wurden

28 einberufen, davon konnten 8 nicht stattfinden, da von den eingeladenen Kollegen niemand zur Stelle war.

Aufnahmen hatten wir nach Branchen geordnet, Arbeiter 37, Brauerarbeiter 2, Werkschüler 3, Hausdiener 19, Arbeiter 3, Leitergerätharbeiter 28, Leiterarbeiter 11, im ganzen 97. Im Jahre 1903 war der Anstieg der Mitglieder 100, jedoch wir am Schluß des Jahres 04 197 zu Buch stehende Mitglieder hatten. Ausgeschlossen sind im Laufe des Jahres durch Übertritt in andere Organisationen 4, wegen Verzug nach außerhalb 3, Einstellung zum Militär 1, wegen rückständiger Beiträge 59, im ganzen 67, jedoch wir am Schluß des Jahres 04 130 zahlende Mitglieder hatten. Diese 130 Mitglieder fehlten sich, nach Branchen geordnet, folgendermaßen zusammen:

Gausdiener 25, Arbeiter 17, Arbeiter 30, Werkschüler und Brauerarbeiter 6, Kohlenarbeiter 8, Kellerarbeiter 3, Drochsenkutscher 1, Leitergerätharbeiter 11, Arbeiter am Hafen 11, Straßenführer 1, Diverse 8, Summa 130.

Eingänge waren 146, Ausgänge 140. Kranke und unterläufige Kollegen hatten wir 13. Die Arten der Krankheitsfälle waren 3 Mal Bronchialkatarrh, 1 Mal Magenkatarrh, 1 Mal Lungentuberkulose, 1 Mal Magen- und Darmleiden, 1 Mal Nierenmarkleiden, 2 Mal Erkrankungen durch Unglücksfälle, 1 Mal Dammverwundung, 1 Mal Sockenentzündung. Die längste Dauer der Unterliegung war 2 mal 42 Tage, die kürzeste war 7 Tage. Im ganzen wurde an Krankenunterstützung gezahlt 1166,10 Mk. für 309 Tage; hieron entfielen auf die Erststufe 35 Mk. für 70 Tage, auf die Hauptstufe 131,10 Mk. für 239 Tage. Arbeitslose Kollegen hatten wir 4 zu unterstützen. Unterstützungstage waren bei einem 42 Tage, bei einem 37 Tage, bei einem 21 Tage, im ganzen 136 Tage. An Arbeitslosenunterstützung wurden 145,65 Mk. gezahlt, welche aus erste Quartal entfielen. Der Arbeitsnachweis ist schon seit Besuchen unser Schmerzensstund und wird wohl nicht eher regeren Verkehr aufzuweisen haben, bis wir am Orte eine der Zahl der Kollegen entsprechend Organisationsausweisen ausstellen können. Arbeitslos meldeten sich 10 Kollegen und zwar 7 Arbeiter, 2 Leiterarbeiter, 1 Hausdiener. Stellen wurden gemeldet 8, und zwar 4 für Arbeiter zur Ausb. 2 Arbeiter für sich, 1 Hausdiener, 1 Laufbursche für sich. Besetzt konnte leider nur 1 Stelle zur Ausb. werden.

Die Bibliothek besteht aus 63 Büchern und Schriften, gelesen wurden 50 Bücher. Gelesen haben im Laufe des Jahres 26 Kollegen, am meisten 1 Kollege in der Zahl von 6 Büchern.

Wenn auch im verflochtenen Jahre ein kleiner Fortschritt zu verzeichnen ist, so können wir uns doch nicht damit zufrieden geben, da es am Orte noch viele für uns fernstehende Kollegen gibt, und diese der Organisation zuzuführen, muß unsere erste Aufgabe sein.

Den Kassenbericht gab der Kollege Schacht, welcher sich wie folgt zusammenfaßt:

Einnahme: Kassenbestand von 1903 340,85 Mk., 97 Aufnahmen a 50 Pf. 48,50 Mk., 4191 Wochenbeiträge a 30 Pf. 1257,90 Mk., 299 Gausbeiträge a 10 Pf. 29,90 Mk., 109 Beiträge zum dritten Fonds a 25 Pf. 27,25 Mk., 886 1/2 Unterstüßungsbeiträge a 10 Pf. 88,65 Mk., Arbeitersekretariat 27,75 Mk., sonstige Einnahmen 1,73 Mk., Summa 1821,93 Mk.

Dem steht folgende Ausgabe gegenüber:

Derliche Kassenunterstützung 35 Pf. Extrainterrückung 3 Mk., Entschädigung für Bezirkskassierer, Vorstandsleistungen und Kartelldelegierte 130,73 Mk., an Materialien 19,38 Mk., Annoncen 102,35 Mk., Porto und Druckkosten 32,88 Mk., Kartellbeiträge 48,30 Mk., Defizit von 2 Vergütungen 42,32 Mk., Reichstagskosten 20 Mk., Delegiertenkosten zum Führerkongress 32,05 Mk., Bibliothek 6,80 Mk., an die Hauptkasse gezahlt 979,71 Mk., Summa 1452,52 Mk., jeziger Kassenbestand 369,41 Mk., Summa 1821,93 Mk.

Dem Kassierer wurde Entlohnung erteilt. Hierauf wurde zur Wahl der Ortsverwaltung geschritten. Als Bevollmächtigter wurde einstimmig vorgeschlagen und gewählt der Kollege Thormann, Kassierer O. Schacht, als Beisitzer Anaboe, Steinmüller, Mohr, Rob. Scheffer und Begerow. Zu Revisoren wurden gewählt Rübke, Friede und Werch, als Bibliothekar Günther, Kartelldelegierter Steinmüller und Anaboe.

Die Kollegen Scheffer und Steinmüller ermahnten noch die Kollegen, unermüdlich für die Organisation tätig zu sein, jedoch wir am Schluß dieses Jahres die doppelte Mitgliederzahl zu verzeichnen haben.

Außerdem wurden noch die verschiedensten Mißstände in unserem Verein kritisiert, hauptsächlich wurden die Mißstände hiesiger Warenhäuser einer scharfen Kritik unterzogen, trotzdem hatten es die Kollegen Gausdiener nicht für nötig, sich unserem Verbands auszusprechen, damit hier mal gründlich aufgeräumt werden kann; es würde dies am so leichter sein, da doch der überaus große Teil der Kundschaf aus Arbeiterkreisen besteht. Wir können uns da die Verluste Kollegen in den Warenhäusern Lieb, Wertheim, Jandorf und wo sie alle belien zum Vorwurf nehmen, welche durch die Organisationsfuge Tarifverträge abgeschlossen haben und dasselbe würde für uns auch möglich sein.

Kollege Beyer tadelt noch, daß von Stettin so wenig Berichte im „Courier“ erschienen, wogegen Berlin, Stettin, Gart, Dresden und andere größeren Orte in fast jeder Nummer 6, 7 bis 8 mal enthalten sind, trotzdem jedesmal eine Anzahl Berichte zurückgestellt werden wegen Raummangel; es ist ja erklärlich, daß von größeren Zahlstellen mehr Material zusammenkommt wie von den kleineren, trotzdem aber selten etwas gebracht wird und dann noch zurückgestellt, so kann das unsere Agitation nur noch erschweren, und ist es den wenigen Kollegen, die sich die Arbeit machen, einen Bericht zu bringen, ebenfalls nicht zu verdenken, die doch ohnehin mit allerhand in der kurzen freien Zeit zu tun haben, wenn das ganz unterlassen wird. Es wurde die Ortsverwaltung beauftragt, hierin Abhilfe zu schaffen.

Hierauf erfolgte mit einem Hoch auf den Verband Schluß der heutigen Versammlung.

NB. Der Kollege Beyer hätte sich getan, sich, bevor er so allgemeine Beschwerden gegen die Redaktion des „Courier“ erhebt und in die Öffentlichkeit hinausposaunt, erst zu erkundigen, wie die Dinge liegen. Im letzten Jahre sind nicht nur alle aus Stettin eingelaufenen Briefe gebracht, sondern es ist auch keiner der leider wenigen zurückgestellt worden. Also? D. N.

Eingefandt.

An unsere Mitgliedschaft in Düsseldorf!

Kollegen! Wohl nirgends in Deutschland legen unsere Mitglieder eine solche Interessenlosigkeit an den Tag als hier in Düsseldorf. Selbst in der nächsten Umgebung, in den kleinen Provinzstädten, herrscht in bezug auf Versammlungsbefuch wie überhaupt Verbandsmäßigkeit ein viel regeres Leben als in unserer Viertelmillionenstadt. Nun müßte man annehmen, daß die Lohn- und Arbeitsverhältnisse nichts zu wünschen übrig lassen, daß die Kollegen, ein anschauliches Dasein findend, mit ihrer Lage zufrieden, sich um ihre Interessenvertretung garnicht zu kümmern draughten. Jedoch weit gefehlt. Die Arbeitszeit ist eine unbeschränkte, des Morgens recht früh heraus, des Abends aber nur nicht zu früh herein. Schrankenlos herrscht die Willkür der geldhungrigen Unternehmer. Die Löhne reichen in den meisten Fällen nicht an die in den Provinzstädten gezahlten heran.

Und die Behandlung? Raum gläublich und doch möglich, daß in der Stadt der Dichter und Denker, der Stadt der Künstler, unsere Kollegen bei ihrer schweren, schicht geprägten Arbeit auch noch Brägel bekommen. Und doch ist es so. Wurde doch erst kürzlich bei der „berühmten“ Firma Beyer der Kollege A. bereit, vom Verwalter Freese geohfseigt, daß zu bestrafen steht, daß A. auf einem Dreie ausbleibt.

Die Zahlstelle Düsseldorf ist die älteste im Rheinland und könnte demgemäß auch die beste sein, wenn nur nicht die Kollegen die kostbare Zeit verschlafen hätten. Das Versäumnis eilt nachzuholen, wird nun heiligste Pflicht aller Kollegen und Berufsgenossen sein.

Vor Allem sorgt für guten Besuch der Versammlungen, verlaßt Euch nicht ganz allein auf den Vorstand, ein Jeder muß mitarbeiten und neue Mitglieder werden, sollen wir unserem Ziele endlich näher kommen. Unsere Generalversammlung findet am Sonntag, den 12. Februar 1906, abends 7 Uhr, im Gewerkschaftshaus, Bergerstraße, statt und steht einem pünktlichen Besuch aller Verbandskollegen entgegen.

Die Ortsverwaltung Düsseldorf.

Mitteilungen des Zentral-Vorstandes.

Auf Grund des § 8 Absatz 7a sind nachstehend genannte Mitglieder aus dem Verbands ausgeschlossen worden:

Charlottenburg: Otto Schulz, Haupt-Nr. 68 667.
August Druselow, Haupt-Nr. 20 010.
Vithold Wehr, Haupt-Nr. 20 015.
Ernst Berlin, Haupt-Nr. 68 668.
Ernst Schöns, Haupt-Nr. 11 661.
Carl Berlin, Haupt-Nr. 20 014.

Leipzig: Schöke, Haupt-Nr. 47 604.

Frankfurt a. Main: Georg Dier, Haupt-Nr. 45 790.

Eine neue Verwaltungsstelle wurde gegründet am 21. Januar 1906 in Meine. Als Bevollmächtigter fungiert der Kollege Franz Hünker, Götheplatz 15, D. I. und als Kassierer der Kollege Friedrich Naat, Leichdammstr. 29, II.

Mit kollegialem Gruß

Der Zentral-Vorstand.

J. A. Oswald Schumann, Berlin 80,

Engel-Ufer 21, I.

NB. Alle den Verband und die Agitation betreffenden Schriftstücke sind an obige Adresse zu richten. — Alle Gelder sind an den Hauptkassierer Kollegen Karl Räßler, Berlin 80, Engel-Ufer 21, einzufenden.

Leipzig.

Für die Hinterbliebenen des tödlich verunglückten Kollegen Fensterpugner Bolle wurden auf 4 Stck vorausgabten Sammelkarten von den Kollegen 95,65 Mk. gezehnet und zwar auf

Liste Nr. 1	29,95 Mk.
2	27,05
3	23,50
4	15,05
Summa	95,65 Mk.

Der Betrag wurde Frau Bolle am 27. 1. 06 laut Quittung im Bureau der Verwaltungsstelle ausgehändigt. Frau Bolle beauftragt den Unterscheitenden, in ihrem Namen allen denen, die ihr Scheckfeld beigetragen haben, ihren herzlichsten Dank auszusprechen.

Franz Schmidt.

Sterbetafel des Verbandes.

Gestorben sind:

In **Franken** der Kollege **Bernhard Nafste**.
In **Frankfurt a. M.** der Kollege **Gugo Kraus**.
In **Leipzig** die Kollegen **Schiffaler, Arnold, Sch.**
Geinck, Bolle und Schilling.
In **Hildesheim** der Kollege **Robert Felle**.
In **Sangerhausen** der Kollege **Kolzapfel**.
In **Spandau** der Kollege **Schaniel**.

Ehre ihrem Andenken!

Die Ortsverwaltungen.

Verantw. Redakteur u. Verleger: A. Bräse, Rummelsburg.
Drud: Maurer u. Schmidt, Berlin, Rulsen-Ufer 11.

Der Koff- und Logiszwang — ein kulturfeindliches System.

II.

Der Koff- und Logiszwang hindert ferner die soziale Erziehung der Arbeiter.

Das soziale Emporsteigen der Arbeiter ist das Ergebnis ihrer wachsenden wirtschaftlichen und geistigen Selbstständigkeit. Ohne diese gibt es keinen sozialen Fortschritt; jede Hilfe von oben vermag nur dann die Lage der Arbeiter dauernd zu verbessern, wenn die Arbeiterklasse selbst die Kräfte entwickelt, ihren Lebensstandard zu verbessern. Ist sie zu schwach, um Widerstand zu leisten, so entlastet die Sozialreform nur die Arbeitgeber. So kann also die wirtschaftliche und geistige Unterbreitung einzelner Arbeiterschichten nicht ohne Hilfe der Arbeiter auf deren soziale Lage bleiben. Schon die mit dem Koff- und Logiszwang verbundene größere Ausbeutung des Arbeiters stellt sein soziales Niveau. Der Arbeitgeber zahlt ihm nicht bloß geringeren Lohn, sondern er bezieht sich noch obenhin am Konsum des Arbeiters. Dazu bewegt sich die ihm gewährte Lebenshaltung meist auf der dürgelichsten Stufe. Schlimmer aber als der geringere Verdienst auf sich, was das Leben angenehm und gesünder macht, ist die systematische Entwürdigung durch jede höhere Lebenshaltung, die Unterbreitung des Strebens nach Besserem, die völlige soziale Verwahrlosung, die sich mit dem Namen „Zufriedenheit“ schmückt. Der Arbeiter, der mit diesem Gift infiziert ist, hat keinen Sinn mehr für einen höheren Anteil an den materiellen und geistigen Errungenschaften der Menschheit, für die Fortschritt seiner Nation, für die Erhebung seiner Klasse; ihm mangelt jedes Verständnis dafür: er kann nicht begreifen, wozu es all dessen bedarf. Er verbittert und sinkt zum bloßen Arbeitsvieh herab, das außer dem Frondeinsturm nur die primitivsten Genüsse und Leidenschaften seines Geistes hat. Nicht umsonst hat man die Unzufriedenheit die Mutter des Fortschritts genannt; sie ist der dunkle Naturtrieb, der die tiefsten Schichten geistig nach oben drängt und die vom einseitigen Lebensgenuss enthrubten und degenerierten Massen mit neuem Lebenskräften ausstärkt. Der Arbeiter muß unzufrieden sein, er muß die Ungerechtigkeit, die ihm und seine Leidensgenossen zu häufigem Grollen verurteilt, empfinden, um die Kraft und den Weg der Selbsthilfe zu finden.

Auch die lange Arbeitszeit des Koff- und Logisarbeiters ist mit der sozialen Erziehung unvereinbar; sie ist ein Feind jeder höheren Kultur. Dazu kommt noch, daß der in seinem Konsum vom Arbeitgeber direkt abhängige Arbeiter jeder Möglichkeit beraubt ist, seinen Lebensbedarf durch die genossenschaftliche Organisation zu verringern und dadurch seine Lebenshaltung zu erhöhen. Er muß die Klasse füllen, die ihn doppelt ausbeutet, während die Genossenschaft ihm die Hand reichen würde, sich von seinen Schmarobern zu befreien.

Der Koff- und Logiszwang hindert endlich auch die staatsbürgerliche (politische) Selbstständigkeit des Arbeiters.

Der moderne Staat ist eine der glorreichsten Errungenschaften der menschlichen Zivilisation, die Herrschaft der Massen, die ihnen die Ausübung ihrer Macht und den Besitz ihres Eigentums sichert. Grundbesitzer und Kapita-

listen teilen sich heute in seine Herrschaft, und Armeen, Verwaltung und Kirche sind die wichtigsten Mittel zum Schutze ihrer Interessen. Staatsbürger sind diejenigen Volksglieder, die berufen sind, in Staatsgeschäften und öffentlichen Angelegenheiten mitzutun und mitzureden, die also politische Rechte besitzen. Dazu gehören die Schichten, die schon in früheren Jahrhunderten, als sie die Staatswesen noch von höherer Bedeutung waren, diese Rechte bereits besaßen, wie auch diejenigen, denen man sie unter dem Druck steigender Volkserhebungen gewähren mußte. Als Inbegriff der Staatsbürgerrechte gilt das Wahlrecht in Reich, Staat und Gemeinde, die Freizügigkeit, Religionsfreiheit, Gleichstellungsfreiheit, Pressefreiheit, Koalitions-, Vereins- und Versammlungsrecht und das Recht zum Schöffennamt. Nicht überall haben sich diese Staatsbürgerrechte in gleicher Weise entwickelt. Den vollständigsten Fortschritt weist die Reichsgesetzgebung auf, die aber noch immer den weiblichen Staatsbürgern das Wahlrecht und das Schöffennamt vorenthält. Nichtsdestoweniger sind schon die Landesgesetzgebungen, soweit ihnen das Recht ihre Souveränität behält. Hier finden wir wesentliche Einschränkungen auf den Gebieten des Wabls, Koalitions-, Vereins- und Versammlungsrechts, obwohl z. B. die preussische Verfassung bestimmt, daß alle Preußen vor dem Gesetze gleich seien. Noch rückwärtiger ist endlich in den meisten Bundesstaaten die Gemeindeverfassung, die fast überall dem Grundbesitz den maßgebenden Einfluß sichert.

Aber selbst alle theoretische Rechtsgleichheit könnte nicht verhindern, daß ein Teil der Staatsbürger politisch unterdrückt und verdrängt wird, so lange der wirtschaftliche Einfluß so ungleich verteilt ist. Infolge seines Besitzes beherrscht der Kapitalist den bescheidenen Lohnarbeiter und zwingt ihn auch zu politischem Frondeinsturm. Nur die Organisation auf allen Gebieten des öffentlichen Lebens entzieht den Arbeiter dieser Korruption, macht ihn zum politisch selbständigen Staatsbürger. Die Gewährung des Koalitions- und Vereinsrechts ist also Vorbedingung für jede staatsbürgerliche Selbstständigkeit, und die Organisationsbedürfnisse wiederum der ungehinderten Presse- und Versammlungsfreiheit zu ihrer Verwirklichung.

Jede Art von Bevormundung der Arbeiter bezweckt, diese in der Ausübung ihrer Bürgerrechte zu hindern. Der Koff- und Logiszwang gehört zu den gefährlichsten Mitteln dieser Art, da er den wirtschaftlichen und geistigen Druck des Arbeiters verstärkt durch ein ständiges Aufsehen und Kontrollsystem, das sich sogar bis zur direkten Freiheitsberaubung steigert. Der Arbeiter, der in seinem Haus kein Arbeitsort und keinen Versteck mit Kollegen oder Genossen, kein Mitgebot eines genossenschaftlichen oder fremden politischen Vereins duldet, verliert seinen Arbeiter durch den zeitigen Hausstich auch noch den freien Feierabend und hindert ihn, sich an Versammlungen und Versammlungen zu beteiligen. Wo der Arbeiter diesen Hindernissen trotz, kann er es nur heimlich mit heimlichen Einschränkungen tun. Das Vereinsleben der Arbeiter in kleineren Orten leidet oft erheblich unter dieser frühen Polizeistunde der Koff- und Logisarbeit, die natürlich nicht für diese Fälle, sondern nur für die Arbeiter gilt. Diese Arbeiterbedrückung ist noch bößlich von mittelalterlichen Anschauungen befangen; sie sehen in den Gesellen und Lehrlingen nur das Hausgenosse, das keinerlei Rechte verleihe, sondern vielmehr

in strenger Zucht zu Ordnung und Sitte angehalten werden müsse. Sie wollen nichts davon wissen, daß selbst die Hülfe den Handverlegten das Vereinigungs- und Versammlungsrecht gestohlen müßten, und die geistliche Gleichberechtigung ist ihnen besonders ein Greuel. Feudalistischer als der verbottene Jäger, halten sie am Koff- und Logiszwang gerade deshalb fest, weil sie glauben, in dieser Hausgemeinschaft ein unantastbares Recht der Bevormundung zu besitzen. Ihr Ideal sind die in vielen Bundesstaaten und Landestellen noch heute geltenden Gesindeverordnungen, die den Dienstherrn fast durchweg solche patriarchalische Herrschaft, bis vor wenigen Jahren sogar noch das Zuchtungsrecht einräumen. Aus dieser Auffassung des Arbeitsverhältnisses erklärt es sich auch, weshalb diese Arbeitgeber bestrebt ihren Gesellen die Anrede des gleichberechtigten „Sie“ verweigern. Sie erkennen eben die staatsbürgerliche Gleichberechtigung des Arbeiters nicht an.

Dafür sind sie bestrebt, nach anderer Richtung auf diesen einen Zwang auszuweichen. Daß die Religionsfreiheit auch einen Bericht auf jedes religiöse Bekenntnis und die Fernhaltung von religiösen Übungen gestalte, will ihnen nicht in den Sinn, und für das Wort des großen Schiller: „Keine Religion — aus Religion!“ haben sie kein Verständnis. Sie rechnen es dem Arbeiter viel mehr als ein Verbrechen oder mindestens als Verletzung der häuslichen Pflichten an, wenn er nicht fleißig zur Kirche geht. Auch seinem Organisationsbedürfnis haben sie nicht selten mit mehr oder minder sanfter Gewalt durch Einführung in evangelische Junglings- oder katholische Gesellenvereine, Kriegervereine oder ähnliche Kreise religiöser und staatsverbaltender Gesinnung eine bestimmte Richtung zu geben. Und daß sich ihre wohlmeinende Fürsorge auch auf das Lebensbedürfnis des Arbeiters erstreckt und in der Regel gerade auf das für diesen am wenigsten passende verfällt, kann nach allem diesen nicht mehr befremden.

Zu diesen Behinderungen des freien Vereins-, Versammlungs- und Koalitionsrechts, der Religions- und Bildungsfreiheit gesellt sich auch die Erschwerung der Eheschließung. So paradox es klingen mag, daß der Arbeiter auch bei der Eheschließung abhängig sei — der Stimmliche Heiratskonflikt — gilt ja als Beispiel kapitalistischer Herrenwillkür —, für den Arbeiter im Koff- und Logiszwang gibt es überhaupt keine Eheschließung, denn der Arbeitgeber kann seinen verheirateten Arbeiter in seiner Hausgemeinschaft gebrauchen. Was anderes als das Eingekerkertsein liegt darin, daß dieses Unternehmertum zwar auf leistungsfähige Arbeitskräfte rechnet, ihnen aber keinen Lohn zahlen will, der zur Erhaltung einer Familie ausreicht? So hat das Häuflein Jahrtausendlang die Eheverbote für Handverlegten neben der beschränkten Zulassung zur Meisterschaft aufrecht erhalten und noch heute bereichern sich jene Nachfolger an der Ehelosigkeit der Arbeiter. Die verheiratete Arbeiterkraft ist von jeder Arbeitsgelegenheit in solchen Betrieben ausgeschlossen, mag die Arbeitslosigkeit noch so sehr ihre Schalten berufen. Und daß gerade der sogenannte Mittelstand, der sich als die beste Stütze des Staates aufwirft, und in allerbestem Maße auf Kosten anderer Bevölkerungsklassen Staatshilfe für sich verlangt, sich den modernen Arbeitgebern so hartnäckig entzieht, ist für den reaktionären Charakter der heutigen Mittelstandspolitik besonders bezeichnend.

Der Brotfuhrmann.

Von Christl Duhse. (Aus dem Holländischen.)

I.

[Nachdruck verboten.]

Auch an diesem Morgen, wie jeden Tag, war Merce Punkt sechs Uhr mit seinem Wagen abgefahren.

Er war ein Mann von etwa 45 Jahren, mit sanften, braunen Augen und einem hageren, vom Lust und Sonne gebräunten Antlitz, das von noch ganz dunklem Haarhaare bestanden und von einem schwarzen, gefärbten Bart eingerahmt war. Auf dem Kopfe trug er eine Art schwarzlackierte Uniformmütze mit blauem Bande; an seiner linken Seite, an einer blauen Schnur, hing ständig das Messer, auf dem er blies, um seine Ankunft in den Dörfern zu verkünden. Und unter seinem Mittelband lag an einem kleinen, der ihm in den Hüften schliefte, eine schwarze Lederkiste, in der er das auf seiner Tour eingenommene Geld verwahrte. Den Wagen bis unter das Verdeck vollgeladen, verließ er so an jedem Morgen die Alleen der Stadt, die Felder, um in einer Kundschaft, die den ganzen Tag dauerte, die umliegenden Ortschaften mit Brot zu versorgen. Und jeder, den er auf seinem Wege traf, kannte ihn von Ansehen, doch wußten die wenigsten seinen Namen; man nannte ihn einfach den „Brotfuhrmann“.

Er hatte die Vorliebe, in der es bereits lebhaft zu regnen, zu bleiben; sein Pferd, eine schwarze Araberart, schritt von seiner Kraft, trachte in gleichmäßigem Takt über die Straßen über die schmale, sich krümmende, von Gräben und Bäumen umfäumte Chaussee, die aus der Stadt nach dem Dorfe Dorel führt. Einzelne Ästen mit noch geschlossenen Fensterläden tauchten hell aus dem sie umgebenden Grün ihrer Gärten auf; längs der zu dieser frühen Stunde noch wenig besuchten Straße begegnete er nur den zur Stadt zurückkehrenden grünen Kaffern, ihre glänzenden Kupferkannen und Töpfe halb unter frischem Stroh verpackt, die letzten Pferden von jungen Bauernbürgern oder Wägen geführt, mit denen er im Vorüberfahren lächelnd einen „guten Morgen“ austauschte. Es war um die Zeit der reisenden Felder: an manchen Stellen erhob sich aus dem gelben, niedrigen Getreide — gleich einer schimmernden Farnesymphonie — ein üppiger Reichtum von Kornblumen und Kalkrosen; der vom Vertikal graue Alee blickte dunkel; die schon wärmeliebende Sonne lag auf einem roten, fast grellblauen Himmel empor, einen glühend heißen Tag prophezeiend.

Auf dem Bod seines Wagens sitzend, empfand Merce bei der leicht schaukelnden Bewegung ein eigenartliches

Wohlbefinden. Seine Gedanken und Wahrnehmungen waren klar, nebsthaft, von sanfter Eintracht, glücklicher Ruhe, frei von Nerven und Sorgen. Wie ein angenehmer War sein heutiges Leben gegen früher, wo er nur einfacher Fabrikarbeiter war! Sein gegenwärtiger Lohn von drei Francs fünfzig Centimes reichte vollkommen aus, um seiner Frau und seinen Kindern... das Leben fünf Kindern... fünf liebe, kleine Geschöpfe, groß zu ziehen, ein sorgenfreies Leben zu gewähren. O nein, jetzt beneidet er keinen mehr; wie gern tat er seine Hände und nicht zu schwere Arbeit; er war glücklich und besseren Gemüts; in ihm lebte die Hoffnung auf ein sehr ruhiges Leben, ein noch sehr langes, friedliches Leben, daß sich bis zum Ende so wie jetzt abspielte, in einer glücklichen Mittelmäßigkeit, in einer befriedigenden Niedrigkeit, ohne Ehrgeiz und Sorgen.

Er war in einen kleinen Bezirk gekommen, den eine noch nicht lange eröffnete Dampftrambahnlinie durchkreuzte. Sofort änderte das Pferd gewohnheitsmäßig von selbst seinen Trab in Schritt, während Merce, aus seinen süßen Träumen aufgeweckt, vom Bod sprang und in sein Dorf blies. — Ihren Öffnen sich, Frauen kamen gelaufen, um ihren täglichen Vorrat an frischem Brot zu bestellen. Ohne sein Pferd nur für eine Stunde anzuhalten, das mit seinem tragen, schweren Schritt langsam an den niedrigen Häusern entlang zog, hatte Merce die beiden Hinterläge des Wagens weit geöffnet und, nach einem heiteren „guten Morgen“, bediente er eine Kundin, nahm er gewandt von dem gelassen, aufstehenden, schrageliebenden Stadel ein Brot, zwei Brode, drei Brode, welche er auf der linken Hand, während Merce, während man ihm auf der linken die Kupfer- oder Messelkiste aufzählte, deren Betrag er raschen Blicks kontrollierte, bevor er die Münzen in seine Lederkiste fallen ließ. Manchmal ließ er sich auf eine kurze Unterbrechung ein, warf einen Blick hin oder blickte schallhaft mit dem Auge, dabei aber immer weiter schreitend, seine Kunden bedienend, mit der Zeit gehend, von der jeder Augenblick seine Bestimmung hatte.

Erst am äußersten Ende der Straße, etwa 20 Meter von der Dampftrambahn entfernt, hielt das Pferd, abermals von selbst, still. Dort befand sich, rechts zwischen den beiden letzten Häusern, ein trümmes Nebengebäude, das der Wagen nicht passieren konnte, und wo, in einem kleinen Häuschen, zwei alte, hinfällige Frauen wohnten, denen Merce dreimal wöchentlich selbst sein Brot hintrug. Jedesmal wurde er dann zu einem Schnapsgenuss genötigt. Und während man ihm auf einer Tasse des Trübs seine Tasse aufsetzte, genehmigten die beiden Mädchen mit „fr“ dem Mädchen ein Bräutchen aus der

Dose, die er ihnen hinsetzte. Das Brottragen, das Schnapstrinken, das Schnapstrinken, das Geld auftragen und zum Wagen zurückkehren, das alles zusammen dauerte höchstens drei Minuten; drei Minuten, während welcher Zeit die arme und geschulte Stute allein blieb.

So hatte Merce auch diesmal, vor dem Eingang zu dem Häuschen sein Fußweitz einen Augenblick allein lassend, ein Brot unter den Arm genommen und lief eilends auf das Häuschen zu. Er begegnete unterwegs zwei Anaben, welche ihre Reiten treibend die Straße hinaufzogen. Ein der Ede des letzten Hauses blieben sie stehen und schauten, regungslos auf ihre sich leicht bewegenden Reiten, wohl Interesse auf den Wagen und das Pferd. Beide, schlaflos und mit hellen, blauen Augen, hatten unter der Schmutzigkeit, die ihre Haut bedeckte, auffallend lebhaftes Gesicht. Ihre Hüften hatten die Farbe des Bodens und ihre ganze Kleidung bestand in einem grauen, schmutzigen und zerrissenen Hemde und einer ausgetragenen, überall mit andersartigen Lappen gekleideten Hose, deren Beinkanten unten wie ausgeraust waren.

Stodstill und stumm, förmlich tote hyponotisiert, starrten sie einige Augenblicke das Gespann an. Dann trat einer von ihnen, wie unter einem plötzlichen Impuls einen Schritt vorwärts und rief:

„Hü!“

Das Pferd blieb stehen. Aber, als ob das fluge Tier sagen wollte, daß es das Kommando wohl vernommen, aber nicht verstanden hätte, kampte es mit den linken Vorderbein auf und schüttelte seine beiden Ohren, von vorn nach hinten und von hinten nach vorn, mit ärgerlicher Miene, wie wenn es eine lästige Fliege verjagen wollte.

„Hü! ... Gott!“

Diesmal straffte das Pferd Schenkel und Kniekehlen, setzte seine Füßchen scharf zitierten die Steine und zog an. Langsam, mit schwerem Mitteln setzte der Wagen sich in Bewegung, rollte am letzten Hause vorbei und geriet auf die Schienen der Trambahn.

„Oh! Oh!“ riefen die Anaben, erschreckt darüber, daß das Pferd so rasch gehorchte. Gerade in diesem Moment geriet hinter den Säulern der Straße Ton einer Dampfpeile, wie ein Stillschrei, die reine Morgenluft. Mit einem Rud legten die Anaben sich um, gewahrt in einer Entfernung von etwa hundert Metern den schweren breiteren Umriß einer Trambahn-Lokomotive, die in lähmendem Graßel von Dampf und Metall aus einer Straßenbiegung auf sie zu raste. Mit gelbem Angstschrei sprangen sie auf die Seite und ergriffen, ihre Reiten in der Hand, die Flucht.

Oskar Fischer, 2. Bevollmächtigter, Kollege Ernst Meyer, 2. Kassierer, Kollege Paul Haupt, Schriftführer; ferner die Kollegen Wund, Goltz, Lebers, Richter, Ernst als Beisitzer, sowie die Kollegen Preusche, Engelmann und Mar Lange als Revisoren.

Nach einer lebhaften Diskussion wurde die gut besuchte Generalversammlung geschlossen.

Jahresgeneralversammlung. Anwesend sind 42 Mitglieder. Zunächst werden die verstorbenen Kollegen durch Aufstehen von den Eltern geehrt. Kollege Schuster gibt den Geschäftsbericht. Aus demselben ist zu entnehmen, daß der Verband im abgelaufenen Jahr vor Kämpfen nicht verschont blieb. Gleich zu Anfang des Jahres traten die Räder bei der Firma Spaar mit den Buchbindern gemeinsam in den Streik. Derselbe dauerte 9 Wochen und verlief für die Kollegen ungünstig. Bei der Bewegung der Holzarbeiter waren auch eine Anzahl von unserem Verbandsmitgliedern beteiligt. Die Bewegung der Glaserhölzer nahm einen günstigen Verlauf. Es hätte aber noch bedeutend günstiger ausfallen können, wenn die Kollegen nicht so interessiert wären. Versammlungen und Sitzungen fanden 32 statt. Der Besuch der Versammlungen ist durchwegs ein schlechter zu nennen, ebenso auch die Betriebsbesprechungen. Bezüglich der Vorsitzführung mußte unser Vertreter der Kommission mit eingreifen, trotzdem die große Mehrzahl der Vorsitzführer bei der Brauorganisation organisiert ist. Die Mitgliederzahl liegt von 190 auf 250. Es könnte noch viel mehr geschaffen werden, wenn die Mitglieder mehr dem Rufe der Verwaltung Folge leisten würden. Hoffentlich wird das im neuen Jahre besser, damit wir wieder einen Schritt vorwärts kommen.

Kollege Fuchs gibt einen Jahresauszug aus dem Kassabuch. Bestand am 1. Januar 1904 1050,82 Mark, Einnahmen 4050,85 Mark, Ausgaben für Genußgation 75 Mark, für Krankenunterstützung 739,26 Mark, Reiseunterstützung 520 Mark, Kartell und Bibliothek 68,23 Mark, Einlasser 335,97 Mark, Extratraktanten 35 Mark, Rechtschutz 69,50 Mark, Stiftungsfest 88 Mark, Streik bei Spaar 1273,77 Mark, Arbeitslosenunterstützung 86 Mark, Mahnregulierungsunterstützung 952,60 Mark, Verwaltungskosten 86,01 Mark, an die Hauptkasse 2542,28 Mark. Kassabestand am 1. Januar 1905 1265,61 Mark.

Kollege Sutter gibt den Kassenbericht vom letzten Quartal; derselbe bezieht sich in Einnahme und Ausgabe mit 2402,33 Mark. Derselben wird Decharge erteilt.

Die Wahl der Verwaltung ergab folgendes Resultat: Schuster, 1. Bevollmächtigter, Fersch, 2. Bevollmächtigter, Fuchs, 1. Schriftführer, Schwaner, 2. Schriftführer, Sutter, Kassierer, Wundmüller und Schneider, Revisoren, Schubert, Reich, Deuerlein und Wabinger als Beisitzer, Krümer und Zimmerlein als Ersatzleute.

Schubert wünscht, daß endlich im Handelsgeerbe einmal der Anfang zur Besserung der Lohn- und Arbeitsverhältnisse gemacht werde.

Schubert befragt ein Vorstandsmitglied des Fabrikarbeiterverbandes mit unserem Verbandsmitglied.

Sutter bringt den schlechten Besuch der Turluffe (gesellige Zusammenkünfte) zur Sprache. Bei der Gelegenheit wurde der Wunsch ausgesprochen, die Einlasser möchten den Mitgliedern den Versammlungsbesuch mehr ans Herz legen als bisher.

Krümer befragt die Mitglieder bei seinem Prinzipal. Schuster fordert die Kollegen auf, fest und treu zum Verbands zu halten und sich durch andere nicht ablassen zu lassen, fest zu agieren, die Versammlungen und Versammlungen auf zu besuchen, dann wird es auch gelingen, den Verband auf die Höhe zu bringen, die er unter den tiefsten Gewerkschaften einzunehmen hat. Hierauf Schluß.

Glossar. In der gut besuchten Mitgliederversammlung am 8. Januar traten 2 Kollegen dem Verbands bei. Beschlossen wurde, die nächsten Versammlungen am den Sonntagen 12. Februar, 12. März und 9. April abzuhalten. Ein Wintervergessen soll am Sonntagabend, den 18. Februar im grünen Baum stattfinden. Dort sind Mitglieder und Gäste willkommen. Die Kollegen am Orte legen immer mehr ein, in welche Organisation sie gehören und das ist recht erfreulich. Jeder Kollege muß aber auch ein fleißiger Agitator für den Verband sein.

Göttingen. Am Sonntagabend, den 7. Januar 1905, fand unsere Generalversammlung statt. Auf der Tagesordnung stand Vorstandswahl und Gewerkschaftliches.

In den Vorstand wurden gewählt: Als Bevollmächtigter L. Teichgräber, als Kassierer G. Wils, als Schriftführer L. Wundmüller, als Revisoren M. Schäfer, M. Tobi. Als Kartelldelegierter wurde Kollege Teichgräber gewählt.

Unter Gewerkschaftliches wurden verschiedene Mißstände in den Betrieben besprochen, unter anderem auch die der Feinlempfer. Der Bevollmächtigte versprach, Abhilfe zu schaffen. Ferner wurde beschlossen, demnach ein Appellat abzuhalten, wozu 4 Mann als Komitee gewählt wurden.

Nach einem kräftigen Schlusswort des Vorsitzenden, für den Verband fleißig zu agieren, wurde die Versammlung geschlossen.

Paul Beschul der Versammlung finden unsere regelmäßigen Versammlungen jeden 2. Sonntagabend im Monat statt.

Salle a. S. Am Sonntag, den 22. Januar, fand unsere diesjährige Generalversammlung statt.

Der Geschäftsbericht gab der Bevollmächtigte. Im Laufe des Jahres 1904 fanden 22 Vorstandssitzungen, 5 Mitgliederversammlungen und 12 Mitgliederbesprechungen statt. Die meisten Sitzungen wurden in Gemeinschaft mit den Kartellvereinigungen abgehalten. Inzwischen wurden in den Sitzungen die Tagesordnungen der Versammlungen, Streitigkeiten, Differenzen mit Unternehmern, Beratung der Lohnsätze, über Aufschaffung von Urteilen, sowie über unsere Agitation beraten. Auch halten wir uns mit den Vertreter der Kaufmännischen Krankenkasse zu besetzen, welche zu gunsten unserer, von der Organisation angeordneten Vertreter ausfiel. Auch von persönlichen Streitigkeiten blieb selber die Organisation nicht verschont, jedoch wurden dieselben immer zur Zufriedenheit

der Organisation geregelt. Die 5 Disziplinierungen behandelten ausführlich, in welcher Weise wir in Zukunft die Agitation betreiben, und welche Mängel bei den Kartellern bestehen. In den 12 Mitgliederbesprechungen wurden 5 Vorträge von den Genossen Gildenberg, Albrecht, sowie von den Kollegen Bender und Moewes gehalten. In 3 Generalversammlungen wurden die Wahlen, sowie Abrechnungen vorgenommen. Jedoch einer der wichtigsten Beschlüsse ist wohl unabweisbar, der, die Einführung einer Einheitsmarke von 10 Pf. pro Woche, welche sich auf bewährt hat. In den übrigen Versammlungen wurde über Berufsfragen verhandelt, auch wurde über die Frage eines einheitlichen Lohnsatzes im Fußgewerbe beraten, und wünschten wir, daß uns dieses Problem gelingen möge.

Tarife wurden mit der Vertriebslage von Niederrhein u. Comp. abgeschlossen, außerdem wurden Vereinbarungen mit den Firmen Stephan u. Comp., sowie der Deutsch-Amerik. Petroleum-Gesellschaft getroffen. In allen Fällen können wir mit diesen Abmachungen zufrieden sein. Ein fleißiger Streik entspann sich zwischen uns und der Organisation der Brauereiarbeiter wegen Abbruch des Tarifs mit den Brauereien, welcher für die Musiker und Kellerarbeiter ungünstige Bedingungen enthält. Jedoch hoffen wir, daß sich auch diese Angelegenheit, in welcher noch nicht das letzte Wort gesprochen ist, zu gunsten unserer Kollegen regeln wird. Auch von Grenzstreitigkeiten, sowie Anrempelungen vor fernen anderen Organisationen blieben wir in diesem Jahre nicht verschont, welche uns zu dem in der letzten Versammlung gefassten Beschlusse, keine Delegierten zum Gewerkschaftstest zu entsenden, trieb. Aber auch hier ist durch Eingreifen des Kartellverbandes eine Regelung eingetreten, und können wir diesen Beschlusse wieder aufheben. Sollten wir, daß auch im neuen Jahr mittels fleißigen Helfen von Seiten der Kollegen unser Verband weiterer Fortschritt zu verzeichnen hat.

Der Agitations-, sowie Geschäftsbericht gab der Kollege Moewes. Danach haben im Jahre 1904 zum Zwecke der Agitation 13 Kreisläufe, im Durchschnitt gut besuchte Versammlungen stattgefunden. Nach Branchen waren 2 für im Handelsgeerbe beschaffigen, 5 für Bierfahrer und Kellerarbeiter und 6 für Geschirrführer resp. gemeinschaftliche Versammlungen. In allen wurden gewerkschaftliche Fragen behandelt. In einer am Sonntagabend abgehaltenen Versammlung wurden die Frauen ausgenommen; gegen diese Maßnahme ist selbstverständlich der Beschwerdebesprechung befürwortet. Durch das Abhalten von öffentlichen Versammlungen sind stets gute Erfolge erzielt, ferner sind 10.000 Flugblätter zur Agitation verbreitet. In den anderen zum Agitationsbezirk gehörenden Orten fanden 48 Versammlungen statt, und ist dort ebenfalls durch Verteilen von Handzetteln und Flugblättern die Agitation betrieben worden, und zwar ebenfalls mit Erfolg. Das Hauptaugenmerk haben wir auf die Betriebsbesprechungen gelegt, und so kommt es, daß wir im verflochtenen Jahre 114 Betriebsbesprechungen abgehalten haben, welche durchwegs von Erfolg gekrönt gewesen sind. Im neuen Jahre hoffen wir auf diesem Gebiet der Agitation weitere Erfolge aufzuweisen.

Differenzen waren aufzuweisen und verteilten sich 5 auf Bierfahrer und Kellerarbeiter, 2 auf Markthelfer und Wader, 5 auf Geschirrführer und Expeditionsarbeiter. An Lohnbewegungen waren 7 zu verzeichnen, und zwar 2 Bierfahrer und Kellerarbeiter, 2 Markthelfer und Wader, sowie 3 Geschirrführer und Expeditionsarbeiterbewegungen, mit ganzem, sowie teilweise Erfolg. Doch muß das neue Jahr auch in Verbesserung der Löhne und Arbeitszeit bedeutendes erringen. Eine neue Einführung hat die Ortsverwaltung getroffen, indem sie die Stadt Halle und Umgebung in 10 Distrikte, sowie in 30 Unterdistrikte einteilt. Den 30 Bezirkskassieren sind in 10 Distrikten je 1 Disziplinierung ausgeteilt, welche die Agitation gemeinschaftlich mit der Ortsverwaltung und den Bezirkskassieren zu betreiben haben, so sind sämtliche Ortsstellen in der Umgebung als zur Ortsverwaltung Halle zugehörig zu betrachten und dortselbst Agitation zu treiben. Auch hoffen wir, daß ein jeder Kollege dazu mit Hand aus Wert legen wird, speziell aber diejenigen Kollegen, welche außerhalb Halle auf die uns noch fernstehenden Kollegen Einfluß haben, um denselben die Ideen der Organisation zugänglich zu machen.

Welchen Erfolg der Anschluß an die Organisation unserer Kollegen in bezug auf Rechtschutz hat, zeigt folgender Vorfall: Der Kollege Bierfahrer Gasse sollte der Elektrischen Halle-Merzbach a. L. 192 Mark, sowie 30 Mark Strafe bezahlen, wurde aber freigesprochen. Im weiteren haben wir für einige Kollegen die geringe Strafe bezahlt, weil der Rechtschutz hohe Kosten verursacht und es zweifelhaft erschien, ob wir Erfolg gehabt hätten. Dem früheren Kollegen Sude haben wir das Geschäft auf Rechtschutz abnehmen müssen, da die Sache nicht in beruflicher Verfallnis stand. Im übrigen müssen wir alle Kollegen darauf aufmerksam machen, daß bei Klagen recht gewissenhaft vorgegangen wird und bei allen Fällen für genügende Zeugen zu sorgen ist.

Im Anschluß hieran gab der Kollege Moewes die Jahresabrechnung:

Einnahme:	
Kassenbestand am 1. Januar 1904	134,15 Mark
Einnahmegebühren 404 Stück	202,-- "
17552 Wochenbeiträge à 80 Pf.	5827,70 "
5 878	4 400 "
526	4 200 "
186	4 200 "
875 Extratraktanten à 20 Pf.	112,50 "
1340 Beiträge à 25 Pf. zum örtl. Fonds	335,-- "
2 802 Beiträge à 20 Pf. zum Stiefenfonds	280,20 "
Sonstige Einnahmen	900,00 "
Summa 9789,48 Mark	

Ausgabe:	
Ortsverwaltung	17,-- Mark
Extratraktanten	88,15 "
Rechtschutzkosten	35,80 "
Verwaltungsausgaben:	
a) persönliche: Gehalt, Entschädigung usw.	1410,80 "
b) sächliche: Materialkosten usw.	492,84 "

Versammlungen, Annoncen	202,00 Mark
Porto und Drucksachen	177,68 "
Kartellbeitrag	387,50 "
Diverse Ausgaben	612,65 "
An die Hauptkasse gefandt	5704,75 "
Bücher und Bibliothek	109,24 "
Summa 9283,02 Mark	

Bilanz:	
Einnahme	9789,48 Mark
Ausgabe	9283,02 "
Bestand 551,46 Mark	

Die Hauptkasse zahlte im Jahre 1904:

a) Krankenunterstützung:	
1. Quartal 1904	219,-- Mark
2. " 1904	284,50 "
3. " 1904	287,70 "
4. " 1904	162,-- "
Summa 853,20 Mark	

b) Arbeitslosenunterstützung:	
1. " 1904	238,00 Mark
2. " 1904	170,-- "
3. " 1904	178,70 "
4. " 1904	296,-- "
Summa 823,60 Mark	

Marken-Umsatz:

1901	10 018 Stück à 20 und 25 Pf.
1902	10 727 " à 25 Pf.
1903	15 841 " à 30 und 25 Pf.
1904	23 637 " à 30 und 40 Pf.

Marken für weibliche Mitglieder sind von 1901—1904 1474 Stück verkauft.

Die Abrechnung vom 4. Quartal 1904 ergab eine Einnahme 8144,88 Mark
Ausgabe 2592,92 Mark

Wohn ein Kassenbestand am 1. 1. 05 551,46 Mark

J. A.: Julius Moewes, Kassierer.

Die Revisoren:

Bernh. Siegel, R. Ruhemann, Gustav Hartmann.

Der geschäftliche Verkehr sowie die Mitgliederbewegung waren im Jahre 1904:

Mitgliederbewegung im Jahre 1904:
Bestand am 31. Dezbr. 1903: 523 männl., 25 weibl. Mitgl.
Im Laufe des Jahres 1904

beigetreten:	425	"	12	"	"
ausgetreten:	248	"	15	"	"
Bestand am 31. Dezbr. 1904:	700	"	22	"	"

Arbeitsnachweis 1904:
Gemeldet wurden für fest 54, zur Ausbülfe 25 Stellen
Beseht 25, " 22

Von den gemeldeten Stellen wurden durch die Unternehmer direkt 72 und durch Kollegen 22 Stellen gemeldet. Hier ist zu bemerken, daß es unbedingt Pflicht der Kollegen ist, sämtliche freiwerdenden Stellen im Bureau zu melden.

Geschäftlicher Verkehr:

Eingänge: Briefe und Klagesachen 200, Drucksachen 28, Bate 198.

Ausgänge: Briefe und Karten 1126, Drucksachen 380, Bate 3.

Die Eintritte der Mitglieder verteilen sich auf folgende Jahre:

	1893	1894	1895	1896	1897	1898	1899	1900
1	—	1	4	10	10	22	49	Mitgl.
		1901	1902	1903	1904			
		58	42	178	347	Mitgl.		

Anmerkung: Kollegen! Zum Kassenbericht möchten wir noch bemerken, daß beim Kontrollieren der Mitgliedsbücher zwei Drittel der Mitglieder mit ihren Beiträgen im Rückstande waren und können wir nur dringend wünschen, daß im neuen Jahre das Streben dahin geht, auch diesem Uebelstand abzuheben.

Kollege Siegel als Revisor befragt die Möglichkeit der Abrechnung und beantragt, der Ortsverwaltung, sowie dem Kassierer Entlastung zu erteilen, welches einstimmig geschieht.

Aus der nun folgenden Wahl der Ortsverwaltung gingen folgende Kollegen hervor: 1. Bevollmächtigter L. Emmer, 2. Bevollmächtigter G. Schüller, 1. Kassierer J. Moewes, 2. Kassierer Brummrich, 1. Schriftführer Strehmann, 2. Schriftführer Domsch. Als Beisitzer wurden die Kollegen G. Weismann, Ferd. Raimann, Fr. Raum, L. S. Goffmann, Welfner und Garmuth einstimmig wieder resp. neu gewählt. Nachdem Moewes die Gründe klar gelegt hat, welche uns veranlaßt haben, nun wieder Delegierte in das Gewerkschaftstest zu senden, wurden die Kollegen Siegel, Moewes und S. Goffmann einstimmig gewählt. Die Ortsverwaltung schlägt der Versammlung vor, den streikenden Bergarbeitern 100 Mark zu bewilligen; dies wurde nach kurzer Debatte angenommen. Beschlossen wurde noch, daß die Kollegen sich recht rege an der Unterstützung der streikenden Bergarbeiter beteiligen, indem sie die Kasse à 25 Pfennig, welche bei jedem Unterfaller, sowie den bekannten Kollegen zu haben sind, entnehmen.

Nachdem nochmals aufgefördert, auch im neuen Jahre fleißig für die Organisation zu arbeiten, wurde die Versammlung geschlossen. Anwesend waren 210 Mitglieder.

Gemein. Der unermüdeten Arbeit fast eines Jahres ist es zu danken, daß endlich auch in diesem Winter eine Anzahl von Berufsleuten zusammengefunden haben, die zum Teil nach einem Ausproben den drei Dutzend Anstehern angehören, und beschloßen, durch fleißige Hilfe und Zusammenarbeit den Organisationsgedanken wirksam zu fördern. In mehrfache Besprechungen zc. fanden sich allmählich 20 Kollegen zusammen und konnte daher in der Mitgliederbesprechung vom 28. Januar die Wahl der Ortsverwaltung vorgenommen werden, welche folgendes Resultat ergab:

Bevollmächtigter Friedr. Schneider, Kassierer Karl Dampf, Schriftführer A. Keller. Zu Revisionen wurden bestimmt die Kollegen Mole und G. Schneider.

Die regelmäßigen Mitgliederversammlungen finden an jedem 1. Sonntag im Monat, abends 9 Uhr, im Lokale des Herrn C. Ahrens, Ragenstr. 11, statt.

Nun, Kollegen! Der Grundstein ist gelegt, zeigt, daß es Euch ernst und nicht gleichgültig ist, ob Eure Anzahl in Sammel drei Tausend Ausführe oder mehr beträgt, zeigt, daß das Proletariat sich einig sein soll und muß im Kampfe gegen den gemeinsamen Feind, gegen den ausbeutenden Kapitalismus, arbeitet und agitiert fortwährend nach seiner Bestimmung.

Vorwärts immer, rückwärts nimmer!

Sannau. Unsere Generalversammlung fand am 19. Januar statt. Auf der Tagesordnung stand:

1. Jahresbericht und Kassenabrechnung.
2. Neuwahl der Ortsverwaltung.
3. Verschiedenes.

Die Eröffnung des 1. Punktes ergab, daß die Mitgliederzahl im Laufe des Jahres zugenommen und die Kassenabrechnung ergab einen Vorbestand von 11,12 Mk.

Dann wurden von den vorgeschlagenen Kollegen nachstehende durch Akklamation einstimmig gewählt:

1. Vorsitzender Otto von Kosen, Gilmmer, 35, Jt., Kassierer Jean Großhauer, Mörstr. 21, 3 Jt., Schriftführer August Selum, 2. Vorsitzender Jean Ehardt, Kassenrevisor Jean Kempel und Peter Seigerwald.

Ferner wurde Kollege Ed. Hoffmann, Langstr. 22-24, mit der Auszahlung von Reiseunterstützungen an reisende Kollegen beauftragt.

Im Punkt 3 wurde ein kleines Mißverständnis, von der Weihnachtsfeier noch herrührend, in kurzer Debatte erledigt.

Wahlleiter Kollege Sabicht munterte noch zu tüchtiger Agitation auf und schloß hierauf die Generalversammlung.

Sannover. In einer zum Sonntag, den 29. Januar einberufenen öffentlichen Versammlung aller in der Kohlenbranche tätigen Ausführe, Zuhilfenahme und Arbeiter, welche leider trotz tüchtiger Vorarbeit nur schwach besetzt war, sprach der Bevollmächtigte über: „Der Kampf im Ruhrgebiet und unsere eigene Lage“. Redner schilderte nach authentischen Material die Ursachen des gegenwärtigen Misstandes im Ruhrgebiet, wie trotz des Berliner Vertrages vom Jahre 1889 die Lohnherabsetzungen miserable Behandlungsweise und wirtschaftliche Entwertung der Vergelte seitens der Zechenbesitzer Jahrzehnte lang fast systematisch betrieben wurde und der jahrelang unterdrückte Groll hierüber jetzt plötzlich mit elementarer Gewalt herabgebrochen sei und diesen Misstand verurteilt habe. Wer sehen und hören wollte, der könne an diesem Vorgehen des Grubenkapitals erkennen, was uns Arbeitern bevorstehe, wenn wir unsere ganze Kraft nicht ebenfalls konzentrieren, uns nicht ebenfalls zu starken Verbänden zusammenschließen würden.

Um die gewollten Autarkie im Ruhrgebiet wie in Ausland vom Standpunkte des Unternehmers und Schachtmachern zu bezeichnen, zitierte Redner die letzte Nummer der „Deutschen Arbeiter-Zeitung“ (Nr. 5), welche in ihrem Leitartikel bedauert, daß die deutsche Regierung den Arbeitgeber nicht nach russischen Muster behandelt und nicht daran die Hoffnung, sollte dieser Schachtmacherismus jemals in Erfüllung gehen, daß dann die deutsche Arbeiterklasse sich ebenfalls anders verhalten würde wie das russische Proletariat.

Übergend zu den heutigen Verhältnissen der genannten Verhältnisse erörterte Redner den Beweis, wie dringend notwendig gerade die heutigen Arbeiter zu den Arbeitervereinigungen sind, die sich auf die Organisation haben, sind doch Löhne von 16–20 Mk. pro Woche bei ungenügender Arbeitszeit, vom frühen Morgen bis in die tiefste Nacht, in Sannover-Länder ganz und gar, wo zu noch die oftmals schändliche Behandlung seitens der „Herren“ ein überaus lues. Vom hygienischen wie moralischen Standpunkte dürfte ein denkender Arbeiter im 20. Jahrhundert sich nicht zurechtfinden zum gemeinsamen Kampf des Proletariats gegen das ausbeutende Unternehmertum, deshalb müsse immer und immer wieder die Lösung sein: Verein in die Organisation.

Der Beifall bewies, wie Recht Redner mit seinen Ausführungen hatte und war der Erfolg in mehreren Neuaufnahmen zu sehen, worauf die Versammlung geschlossen wurde.

Leipzig. Die Buchhändler-Marktscheller hielten am 20. Januar im Johannisst. eine öffentliche Versammlung ab. Ueber die Ueberwinden- und Sonntagsarbeit im Buchhandel führte der Referent aus, daß gerade im Buchhandel in letzter Zeit die Sonntagsruhe so übertrieben worden ist, daß es nötig sei, sich in eingehender Weise wieder mit dieser Frage zu befassen. Als unser Verband im vorigen Jahre eine Eingabe wegen der Sonntagsruhe an die Behörde richtete, wurde uns eine härtere Kontrolle in dieser Angelegenheit zugesichert. Doch aber Firmen zur Anzeige gebracht worden seien, sei nicht bekannt geworden. Deshalb war unsere Organisationsleitung genötigt, diese Kontrolle selbst vorzunehmen. Zur Ueberwindenarbeit bemerkte Redner, daß wohl in keinem Berufe so geschäftig wird, als im Buchhandel. Wurde doch bei den Firmen A. K. Köhler, A. Stadmann und A. Streller in der Zeit vor Weihnachten fast regelmäßig bis um 11 und 12 Uhr abends gearbeitet. Da solche Zustände nur durch eine starke Organisation verbessert werden können, fordert deshalb Redner jeden anwesenden Kollegen auf, dazu mitzuwirken. Welcher Beifall folgte diesen Ausführungen. In der Diskussion wurde gesagt, daß bei der Firma A. K. Köhler im Barföhrnorte in der Weihnachtszeit sogar bis nach 2 und 3 Uhr gearbeitet worden sei und es verschiedene Kollegen vorgegeben hätten, gleich im „Geschäft zu kommen“. Auch bei der Firma A. Streller ist das schon des öfteren vorgekommen. Ein anwesender Buchhändlergehilfe von A. Stadmann versuchte die geschäftlichen Zustände in seiner Firma als übertrieben hinzustellen, womit er jedoch bei der Versammlung keinen Anklang fand und vom

Referenten widerlegt wurde. Mehrere anwesende Buchhändlergehilfen der neuen Ortsgruppe hielten ebenfalls noch an der Diskussion und bekräftigten die geschäftlichen Zustände.

Zum 2. Punkt, Bericht über die Tätigkeit der Sektionsleitung, wurde mitgeteilt, daß im verfloffenen Jahre vier öffentliche Versammlungen und sechs Besprechungen stattgefunden. Hieraus wurde die Neuwahl der Sektionsleitung beschlossen.

Nach einem fräftigen Appell an die Anwesenden, tüchtig mitzuarbeiten im neuen Jahre, wurde die stark besetzte Versammlung geschlossen. 15 Kollegen traten dem Verbande bei.

Münster. Generalversammlung vom 15. Juni 05. Eingangs der Versammlung gedachte zunächst der Vorsitzende der im Laufe des Jahres verstorbenen der Kollegen, deren Andenken in äußerster Weise geehrt wurde. Aus dem Jahresbericht ist zu entnehmen, daß im vergangenen Geschäftsjahr außer diversen Einnahmen 60 Versammlungen aller Art stattgefunden haben. Eine Notwendigkeit war zu Anfang des vorigen Jahres eine Eingabe an die Generaldirektion der Posten und Telegraphen betreffs Einführung des 6 Uhr-Vorpostens, leider bis dato ohne Antwort. Ferner wurden wiederholt Eingaben gemacht an die Generaldirektion der bayerischen Staats-eisenbahnen betreffs kostenlosen Zuständen an den hiesigen Haltebahnen: erst nach Wiederholung derselben wurde Abhilfe geschaffen. Eine weitere Eingabe wurde an den hiesigen Stadtmagistrat gemacht; bekanntlich hat letzterer ortspolizeiliche Vorschriften erlassen, welche unseres Erachtens nur den Zweck hatten, vielmehr einer notwendigen Umlagerung aus dem Wege zu gehen. Nachdem man auf verschiedene Art Stellung hierzu nahm, trat Milderung ein. Am Streik vor der Verband befragt bei der Firma Paer, sowie in den Fränkischen Schuttschriften, weil man den dort beschäftigten Kollegen und Kolleginnen zumutete, Streikarbeit zu machen für die Schuttmacher; ein Erfolg war hier nicht zu erzielen. Einen friedlichen Verlauf nahm die Einführung eines Tarifvertrages von ca. 300. Mitgliedern in der Expeditionsbetriebe. Es wurden mehrere Bedingungen durchgesetzt, welche auch eine Vorkühnung, welche sich insgesamt pro Jahr auf ca. 40.000 Mk. beläuft.

Ein weiterer Vertrag kam auch mit den hiesigen Unternehmern der Fein- und Glasreinigung zustande; seitens eines Inhabers wurde zwar der Vertrag bald durchbrochen; nun kam es zu Neuverhandlungen zum Auslande. Nach dreitägigem Streik wurde glänzend abgeschlossen, trotzdem mehr Streikbrecher arbeiteten als überhaupt ausständig waren.

Die Bewegung der Kohlenarbeiter ist zwar eingeleitet, jedoch infolge des ausgebrochenen Streiks im Ruhrgebiet verjüngt worden.

Zur Errichtung eines Bureaus mit Arbeitsnachweis ist eine 3-gliedrige Kommission gewählt, welche näheres zu erheben hat. Ein beabsichtigter Einsatzer wurde im Laufe des Jahres infolge der rasch zunehmenden Mitgliederzahl angefallen. Nach 1. Juli wurde sieben Kollegen zuteil, meistens mit Erfolg. Mit Unfallsrente hatte sich der Verband in 2 Fällen zu beschäftigen, einmal mit vollem Erfolg, der 2. Fall steht noch in Erörterung. Die Mitgliederzahl, welche im letzten Quartal 1903 221 Mitglieder betrug, ist bis zum letzten Quartal 1904 auf 510 gestiegen.

Hieraus gibt der Kassierer Kollege Bauernfeld den Bericht über das 4. Quartal 1904. Kernpunkte sind im Auftrage der Revisionen bekannt, daß Kasse, Bücher und Belege jederzeit in bester Ordnung befanden wurden. Einen weiteren Bericht gaben noch der Bibliothekar Kollege Mörtel und als Korrespondenzkollege Dohrer.

Im weiteren Punkt, Neuaufrufen, wurden als provisorische Verwaltung gewählt:

Fersch und Gsell zu Vorsitzenden, Leibold als Schriftführer.

Aus der Neuwahl gingen hervor als 1. Vorsitzender Kollege Fersch, 2. Vorsitzender Kollege Maar, 1. Schriftführer Kollege Leibold, 2. Schriftführer Kollege Gsell, Kassierer Kollege Bauernfeld, als Beisitzer die Kollegen Fingel und Stief, als Revisoren die Kollegen Pernothner, Wert und Neufam, als Bibliothekar Mörtel, Korrespondenzkollege Fersch, Maar und Gsell.

Der Antrag der Verwaltung, Lokalveränderung, wurde wegen vorgerückter Zeit verlagert.

Kollege Fersch ermahnte noch in seinem Schlusswort, auch im kommenden Jahre wieder alle im verfloffenen mit aller Kraft einzusetzen, die Versammlungen womöglich nach bedehntend zahlreicher zu besuchen, vor allem die verschiedenen Vertrauensleute ihre vollen Pflichten erfüllen, damit die erworbenen Stellungen nicht nur erhalten, sondern weitere dazu erobert werden können, ferner die Bibliothek fleißig benutzen, das Verbandsorgan sowie die Arbeiterzeitung fleißig zu studieren und überall wo möglich dem Verbands neue Kämpfer zuzuführen.

Mit einem Hoch auf den Zentralverband wurde die von 161 Kollegen und Kolleginnen besuchte Versammlung geschlossen.

Leine. Am 21. Januar fand hier in Naues „Saalbau“ eine sehr gut besuchte öffentliche Versammlung unserer Berufs-Kollegen statt, in welcher der anwesende Wahlleiter das Thema: „Warum wird stets gemacht: Organisiert Euch?“ behandelte. An der Hand reichhaltigen statistischen, wie anderweitigen Materials beleuchtete Redner die gegenwärtige Lage des deutschen Proletariats, wie auch im besonderen die Zustände im Handels- und Transportgewerbe. Der Streik im Ruhrgebiet, wie die Vorgänge im politischen Leben Auslands gaben dankenswerte Stoffe, den Anwesenden das augenblickliche Verhältnis zwischen Kapital und Arbeit darzulegen, wie ersteres fortwährend durch immer größere Vereinigungen den Geld- und Arbeitsmarkt zu beherrschen versuche und nebenbei das politische und wirtschaftliche Recht der arbeitenden Bevölkerung völlig illusorisch machen wolle. Angeht dieser Zustände sei es eine Pflicht der Selbst-erhaltung, wenn der Arbeiter sich ebenfalls koalieren und dem Ansturm der Geldmacht, des Kapitals ein energisches

Widerstand zu leisten. Mit der Unterstützung an die Anwesenden, sich gleich anderen Berufsgruppen ebenfalls zu organisieren, eine starke Macht in dem „Verbande der Handels- und Transportarbeiter“ zu bilden, schloß der Referent seinen Vortrag.

Welcher Beifall folgte demselben.

Die einberufene Kommission bewegte sich in demselben Sinne.

Am 2. Punkt der Tagesordnung, „Gründung einer Zählstelle“, wurde nach einigen Worten des Versammlungsleiters, Genossen Lämmert, die Gründung einer Zählstelle beschlossen und der Kollege Franz Kintz bis zur ersten Mitgliederversammlung mit der Leitung der Geschäfte beauftragt.

Nach einem fräftigen Schlusswort des Referenten wurde die vom besten Geiste besetzte Versammlung mit einem dreifachen Hoch auf die moderne Arbeiterbewegung geschlossen.

Leine. In der am 21. Januar laufenden ersten Mitgliederversammlung wurde bekannt gegeben, daß sich bereits 20 Kollegen dem Verbands angeschloßen hätten und die Wahl der Ortsverwaltung daher heute zu erledigen habe. Nach erstem Hinweisen des anwesenden Wahlleiters auf die Wichtigkeit der einzelnen Vorstandsmitglieder wurde die Wahl derselben wie folgt erledigt: Bevollmächtigter Franz Müller, Kassierer Friedr. Baal, Schriftführer Herrn Schulz. Als Revisoren sollen fungieren die Kollegen Verold und Niederich, während der Schriftführer auch die Vertretung im Generalschaftsamt wahrnehmen soll. Die Versammlungen finden vorläufig an jedem 1. und 3. Sonntag im Monat, nachmittags 3 Uhr, in Naues „Saalbau“ statt.

Nach Besprechung einiger interner Angelegenheiten erfolgte Schluss dieser Versammlung.

Industriestadt. Die letzte Versammlung befaßte sich mit der Wahl des Vorstandes. Genosse J. Schumacher wurde wiederum als Vorsitzender gewählt, desgl. Kollege Zimmerzahl 1 als Kassierer. Die Wahl des Schriftführers zog eine längere Debatte nach sich, in der Kollege Zimmerzahl 2 gewählt wurde. Auch die Wahl der Revisoren gestaltete sich anders, es wurden die Kollegen Fraule 1, Hoffmann und Dietrich gewählt.

Die Verrechnung vom Quartal und Vergütungen ergab eine Einnahme von 211,89 Mk., dem eine Ausgabe von 179,87 Mk. gegenübersetzt, mithin bleibt ein Kassenbestand von 35,02 Mk.

Ein gewisser Kollege K. A. H. H. H., der schon zweimal organisiert war und immer wegen Beitragsrückfällen ausgeschlossen werden mußte, denunzierte die Kollegen bei den Schülern, zugleich schimpfte er wie ein Mohr auf über den Verband, man straff solche Leute am besten mit Verachtung.

Kollegen, sorgt für fleißigen Versammlungsbesuch und agitiert stets fleißig für Euren Verband.

Stuttgart. Jahres-Generalversammlung. Am 15. Januar fand unsere Jahres-Generalversammlung statt, die von etwa 200 Mitgliedern besucht war. Vor Eintritt in die Tagesordnung ehrte die Versammlung das Andenken der verstorbenen Kollegen in der äußersten Weise. Aus dem Bericht des Bevollmächtigten ist zu entnehmen, daß unsere Organisation ganz ansehnliche Fortschritte gemacht hat. Er gab einen kurzen Ueberblick über die gesamten Lohnbewegungen, wobei besonders zu erwähnen war, daß sogar die Direktion des Spar- und Konsumvereins Stuttgart versucht, willkürlich die Arbeitszeit für die Fabrikanten zu verlängern. Durch das Eintreten des Verbandes blieb es allerdings nur ein Versuch. Daß man den Angestellten einen Tag vor der Suchsland-Versammlung eine Lohn-erhöhung gewährte, wird anerkannt, und könnte es schließlich nicht schaden, wenn öfter solche Versammlungen stattfinden. Wieweil würde dann Herr Direktor Pfäzler auch den Konsumverein nicht so oft in Parallele mit dem Betriebe des Herrn Gust. Kuch stellen.

Aus verschiedenen Anzeichen ist zu erkennen, daß die Stadtbehörde gesonnen ist, eine Veränderung der jetzt bestehenden Straßenpolizeibestimmungen vorzunehmen.

Zu dem Geschäftsbericht gab der Vorsitzende bekannt, daß im abgelaufenen Jahre in Stuttgart 69 Versammlungen und 57 Sitzungen, auswärts 85 Versammlungen und 20 Sitzungen stattfanden. Die Mitgliederzahl stieg von 146 am Jahreschluss 1903 auf 684, darunter 2 weibliche Mitglieder. Aufgenommen wurden 581, ausgeschieden sind 93 Mitglieder, jedoch ein Zuwachs von 488 Mitgliedern zu konstatieren ist. An Beitrags-Markten wurden im 1. Quartal 2128, im 2. Quartal 8583, im 3. Quartal 5041 und im 4. Quartal 6351 Stück à 30 Pf. verkauft. Der Kassenbestand stieg von 808,04 Mk. am Jahreschluss 1903 auf jetzt 1084,70 Mk.

In die Verwaltung wurden gewählt: Reimüller erster, Gebert zweiter Bevollmächtigter, Wischenmeier Kassierer, als Schriftführer Kollege Schäfer; Beisitzer die Kollegen Gassen, Schmid, Böhringer, Deichle, Anstetter, König, Niet und Baas-Connsfist.

Den Gausvorstand bilden die Kollegen Deichle, Dreher, Schäfer und Laffen. Zu Revisoren wurden die Kollegen Adolf Bäuerle und Weinber, als Vorsitzender der Sonntagstruh-Kommission G. Dummel bestimmt.

Aus dem Bericht über den Arbeitsnachweis ist zu entnehmen, daß die Errichtung bei den Kollegen Anfang gefunden hat. Ganz besonders ist darauf zu verweisen, daß seitens unserer Kollegen alle ihnen bekannten freien Stellen unverzüglich an das Bureau gemeldet werden.

Der Vorsitzende teilt noch mit, daß der Feinreinerungs-Institutsinhaber Armbruster wegen eines Couriersartikels gegen ihn Klage gestellt habe, außerdem wurde versucht, ihm womöglich wegen Urkundenfälschung zu verhaften, da er einem Kollegen eine Verurteilung gegen eine Strafverurteilung anfertigte. Nachdem noch die Vergütungen für 1905 festgesetzt waren, wurde die schon verkaufte Versammlung mit einem Aufruf zu lebhafter Agitation für den Verband vom Vorsitzenden geschlossen.

Verantw. Redakteur u. Verleger: A. Brühlke, Rummelsburg. Druck: Maurer u. Dimmig, Berlin, Kullen-Ufer 11.